

UNGESUNDE LEBENSMITTEL

# Wo die Schweiz für Nestlé lobbyiert



Manuel Abebe

## Stoppsschilder für Nestlé's Junkfood

Nestlé gelte als Konzern mit sauberem Image, meinte ein Headhunter diesen Mai im «Magazin» des «Tages-Anzeigers». Ich musste mir beim Lesen ziemlich die Augen reiben. Wir steckten in der heissen Phase der Recherche zur Titelstory und sahen, zu welch drastischen Schritten Nestlé bereit ist, wenn der Umsatz bedroht ist.

So auch in Mexiko, dem fünftgrössten Absatzmarkt von Nestlé. Das Land kämpft seit Jahren mit den Folgen von leicht zugänglichem Junkfood, drei Viertel der Bevölkerung sind übergewichtig. Die Regierung entschied, diesem Notstand zu begegnen: Sie führte schwarze Stoppsschilder für Produkte mit zu viel ungesunden Zutaten ein und beschränkte deren Vermarktung an Kinder. Dank exklusiver Daten zeigen wir: Die Änderung betraf Nestlé-Produkte mit geschätztem Umsatz von über einer Milliarde Franken jährlich.

Nicht bereit, sich kampfflos von einer demokratisch gewählten Regierung eines souveränen Staats regulieren zu lassen, lobbiierte Nestlé in Mexiko aggressiv gegen das Gesetz. Parallel dazu sandte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) einen mahnenden Brief an die mexikanische Regierung und intervenierte wiederholt vor der Welthandelsorganisation. Vom Recherchemagazin «Temps présent» des Westschweizer Fernsehens RTS gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz eingeforderte Dokumente zeigen, dass Nestlé das Seco nicht nur direkt um Hilfe gebeten hatte, sondern dieses gleich auch die Argumentation des Konzerns übernahm. Mexiko hielt dem Druck stand und setzte das Gesetz in Kraft.

Apropos Gesetzgebung: Bald steht die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) an. Wir zeigen in dieser Ausgabe wie Pharmakonzerne mit Krebsmedikamenten exorbitante Profitmargen von 40 bis 90 % in die eigene Tasche stecken. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) will neu eine Ausnahmeregelung vom Öffentlichkeitsgesetz, um im Geheimen mit der Pharmaindustrie zu verhandeln. Es erhofft sich so einen Verhandlungsvorteil. Doch weniger Transparenz macht Pharmakonzerne nicht grosszügiger, im Gegenteil: Sie können ihre Preise noch ungehemmter auf die Bevölkerung durchdrücken. Das darf nicht sein: Das Parlament muss bei der KVG-Revision verhindern, dass solche Geheimdeals gesetzlich festgeschrieben werden.

### Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender\*innen möglich.

**Sie sind bereits Mitglied?** Herzlichen Dank! Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken. [publiceye.ch/geschenkabo](https://publiceye.ch/geschenkabo)

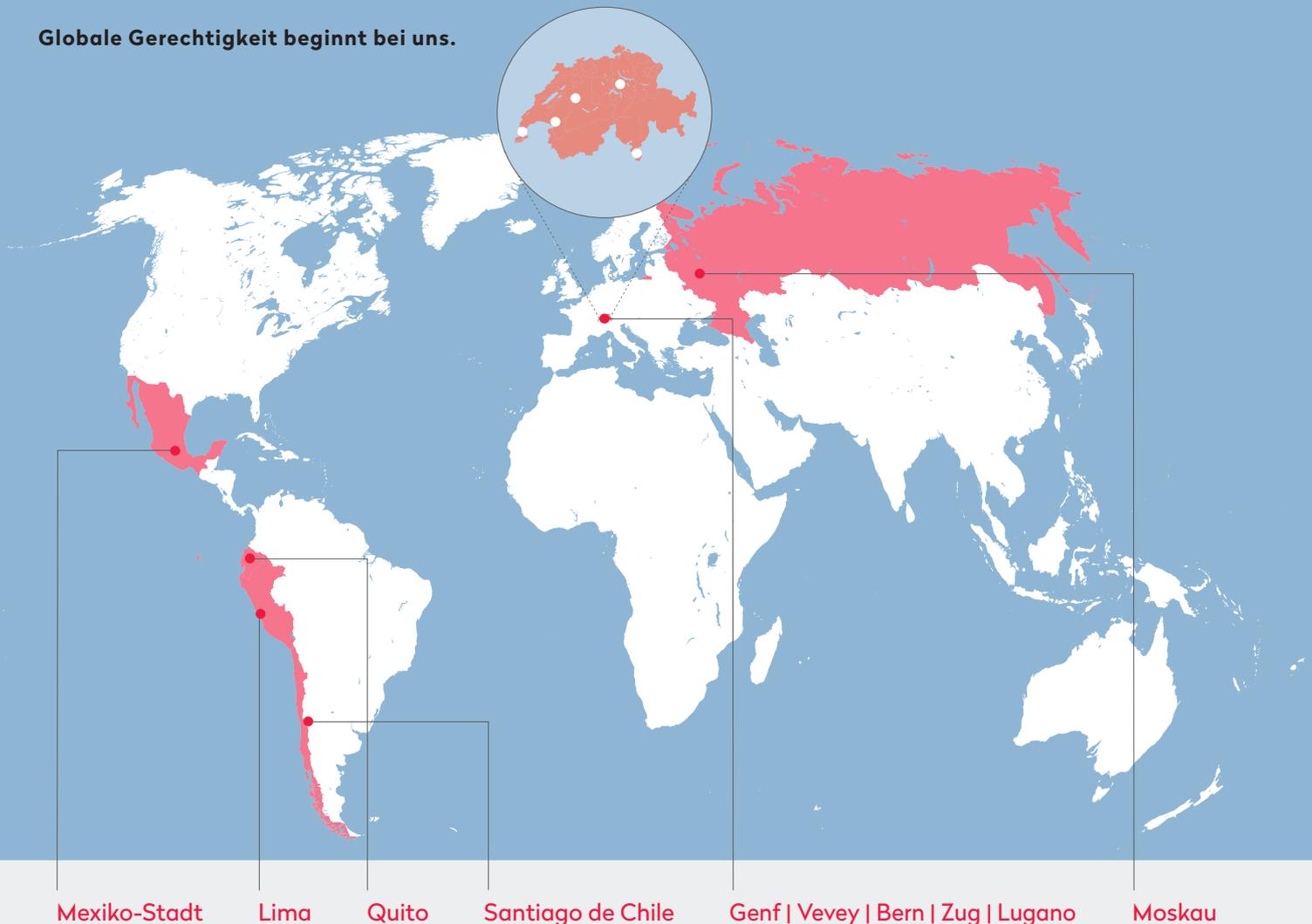
**Sie sind noch nicht Mitglied?** Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin. [publiceye.ch/mitglieder](https://publiceye.ch/mitglieder)

**Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen?** Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo. [publiceye.ch/schnupperabo](https://publiceye.ch/schnupperabo)

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

**Public Eye**

*Manuel Abebe*



## Für Nestlé greift die Schweiz in Mexikos Gesundheitspolitik ein

- 4 In einer exklusiven Recherche enthüllt Public Eye, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) von Nestlé instrumentalisiert wurde, um Mexikos Massnahmen zur Prävention der grassierenden Fettleibigkeit anzugreifen. Ebenfalls exklusiv: eine detaillierte Infografik zum Schweizer Lobby-Netzwerk von Nestlé.  
**Vevey und Bern, Schweiz | Mexiko-Stadt, Mexiko | Lima, Peru | Quito, Ecuador**

## Geheimdeals bei Medikamenten? Die Pharma würde frohlocken

- 21 Public Eye hat erstmals die Gewinnmargen von Krebsmedikamenten geschätzt und kommt auf Profite von 40 bis 90%. Nun will der Bundesrat im Gesetz verankern, dass die Preise für Medikamente geheim verhandelt werden. Public Eye fordert das Parlament dazu auf, dies bei der anstehenden Revision des Krankenversicherungsgesetzes zu verhindern.  
**Bern, Schweiz**

## Die Schweiz, mit Abstand wichtigster Handelsplatz für russische Kohle

- 32 Bis zum Einmarsch Russlands in die Ukraine am 24. Februar dieses Jahres wurden drei Viertel der russischen Kohleexporte in der Schweiz und schwerpunktmässig in Zug gehandelt. Das ergab eine Schätzung von Public Eye. Die Schweizer Behörden, die für die Sanktionen zuständig sind, scheint diese Aufgabe zu überfordern.  
**Zug, Genf und Lugano, Schweiz**

## Aussergewöhnliche Projekte dank Erbschaften und Legaten

- 38 Wer Public Eye in seinem Erbe berücksichtigt, ermöglicht aufwendigere Projekte, die aus dem ordentlichen Budget nicht finanziert werden können. Das neue Erbrecht, das am 1. Januar 2023 in Kraft tritt, erhöht den Spielraum beim Verfassen eines Testaments beträchtlich. An zwei Veranstaltungen – einmal vor Ort, einmal online – informieren wir Interessierte.  
**Zürich, Schweiz**



ESPECIAL

PROMOCIÓN ESPECIAL

PROMOCIÓN ESPECIAL

PROMOCIÓN ESPECIAL



Nestlé  
**ABUELITA**  
Unidos por  
**AMOR**  
a  
**México**



EXCESO AZÚCARES

SECRETARÍA DE SALUD  
CONTENIDO: 630 g DE  
CHOCOLATE PARA MESA Y 1 TAZA

EXCESO AZÚCARES

SECRETARÍA DE SALUD  
CONTENIDO: 630 g DE  
CHOCOLATE PARA MESA Y 1 TAZA

Nestlé

# Wie das Seco nach Nestlés Pfeife tanzte und Mexikos Gesundheitspolitik angriff

Mit schwarzen Warnhinweisen auf ungesunden Lebensmitteln geht Mexiko gegen die grassierende Fettleibigkeit im Land vor. Doch das Vorhaben stösst auf erbitterten Widerstand der Industriekonzerne und ihrer Sitzstaaten. An vorderster Front: Nestlé und die Schweiz. Dokumente und Mailwechsel belegen, wie willfährig sich das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) vom Lebensmittelgiganten aus Vevey einspannen liess, um gegen Mexikos Gesundheitspolitik zu agitieren. Gemäss exklusiven Marktdaten, die sich Public Eye beschafft hat, ging es um ein Geschäft von über einer Milliarde Franken. Unsere Recherche zeigt auch: Das Vorgehen der Schweiz gegenüber Mexiko ist kein Einzelfall.

TIMO KOLLBRUNNER

**K**aum ist das Wochenende vorbei, fängt der Stress schon wieder an. Offenbar enerviert schreibt am Morgen des 25. Novembers 2019, einem Montag, eine in Mexiko beim Eidgenössischen Aussendepartement (EDA) angestellte Person eine Mail an jemanden beim Staatssekretariat für Wirtschaft, dem Seco. In Kopie erhalten es sieben weitere Mitarbeitende der beiden Einheiten. Sie sei vor «etwas über 15 Tagen» auf «dieses Problem der Lebensmittelkennzeichnung» aufmerksam gemacht worden, schreibt die Person. Man habe daraufhin vereinbart, dass der Konzern sich an die Schweiz-Mexikanische Handelskammer SwissCham Mexico wenden und «um Unterstützung der Schweiz und der Kammer» bitten würde. Denn schliesslich betreffe diese neue Regulierung nicht nur Nestlé, sondern zum Beispiel auch Lindt, Ricola oder Emmi. Nestlé habe es aber offensichtlich vorgezogen, «direkt zum Seco zu gehen, und das allein in eigener Sache». Und dann, in Fettschrift: «Eine offizielle Intervention müsste daher meiner Meinung nach im Namen aller betroffenen Schweizer Unternehmen und in enger Zusammenarbeit mit der SwissCham, deren Mitglieder sie sind, erfolgen – und nicht allein für Nestlé.»

Dass der Konzern seine Interessen verteidige, sei klar, «aber Nestlé hat einen privilegierten Zugang zu den Behörden» und der Konzern habe es «nicht für angebracht gehalten, sein Insiderwissen (...) zu teilen. Ich bin mir nicht sicher, ob die anderen betroffenen Schweizer Unternehmen überhaupt wissen, welche Probleme sie mit den neuen Warnhinweisen erwarten.»

Fünf Stunden später: eine zweite Mail derselben Person an die gleiche Empfängerliste. Sie habe in der Zwischenzeit Kontakt gehabt zu einem Verantwortlichen bei Nestlé. Dieser habe ihr «die Ernsthaftigkeit des Problems und die Dringlichkeit einer Intervention bestätigt, weshalb sich Nestlé direkt ans Seco gewandt und um Unterstützung der offiziellen Schweiz gebeten hat». Man habe Nestlé nun darum gebeten, die SwissCham zu kontaktieren, damit diese ein «dringendes Treffen» einberufe, an dem der Konzern seine «Insiderinformationen» teilen solle, damit man eine «gemeinsame Strategie gegenüber den mexikanischen Behörden» erarbeiten könne – «zum Vorteil aller Schweizer Unternehmen».

## Übergewicht – ein nationaler Notstand

Worum gehts? Um einen «nationalen epidemiologischen Notstand». Diesen hatte die mexikanische Regierung im November 2016 ausgerufen – angesichts «des Ausmasses und der Tragweite der Fälle von Übergewicht und Adipositas». Die jüngsten Zahlen dazu stammen aus der nationalen Gesundheitsstudie von 2020. Sie sind

---

← Warnhinweis für zu viel Zucker: Schokoladetränk von Nestlé in mexikanischem Supermarkt.

erschreckend: Unter den fünf- bis elfjährigen Kindern sind 38 % übergewichtig oder gar fettleibig. Und unter den Mexikaner\*innen ab 20 Jahren sind 74 % zu dick. Über ein Drittel der Erwachsenen ist fettleibig. Damit ist Mexiko innerhalb der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) das «zweit-schwerste» Land hinter den USA.

### «Verfall der Ernährungsgewohnheiten»

Die aus mexikanischen Akademiker\*innen und Aktivist\*innen bestehende «Allianz für gesunde Ernährung» sieht die Hauptursache der Übergewichtsepidemie in einem «beschleunigten Verfall der Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung», der sich einerseits in einem Rückgang des Konsums von Früchten, Gemüse, Getreide und Hülsenfrüchten äussere und andererseits in einer «exponentiellen Zunahme» des Konsums von raffiniertem Mehl, Softdrinks und «allgemein von hoch verarbeiteten Lebensmitteln und Getränken». «Ultra-verarbeitete Lebensmittel», in Englisch «ultra-processed foods», sind industriell hergestellte Produkte, die in der Regel kaum oder gar keine Vollwertkost enthalten: Sie bestehen hauptsächlich aus Substanzen, die aus Lebensmitteln extrahiert werden – Fetten, Ölen, Stärken, Zucker – und sind oft mit künstlichen Farb- und Aromastoffen oder Stabilisatoren versetzt.

Der Zusammenhang zwischen dem Konsum dieser Produkte und Übergewicht, Bluthochdruck, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs ist hinlänglich belegt. 214 Kilogramm dieser «ultra-processed foods» wurden in Mexiko im Jahr 2013 pro Kopf verkauft. Weltweit lagen nur die USA, Kanada und Deutschland vor Mexiko. Dr. Hugo López-Gatell, Epidemiologe und beim mexikanischen Gesundheitsministerium für Prävention und Gesundheitsförderung zuständig, sagte vor zwei Jahren an einer Pressekonferenz, im Jahr 2018 sei in Mexiko die Hälfte aller Todesfälle auf Erkrankungen zurückzuführen gewesen, die mit einer schlechten Ernährung zusammenhängen. Auf Anfrage von Public Eye bekräftigt er: «Die Hauptursache der Adipositas-Epidemie in Mexiko ist das Überangebot von ultraverarbeiteten Produkten. Sie machen mittlerweile den grössten Bestandteil der mexikanischen Ernährung aus.»

### Fett machende Deregulierung

Als Anfang der unheilvollen Entwicklung hin zu einer immer ungesünderen Ernährung der mexikanischen Bevölkerung wird oft die Unterzeichnung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommen Nafta mit den USA und Kanada im Jahr 1994 genannt. Doch gemäss López-Gatell hatte in Mexiko bereits in den 1980ern eine «Transformation hin zum Neoliberalismus, zur Deregulierung und damit auch zu einer Schwächung des Gesundheitsschutzes» eingesetzt. Unter der Prämisse von «Entwicklung, Wohlstand

und Wachstum» sei diese «bewusste Deregulierung» bis vor wenigen Jahren konsequent weitergetrieben worden.

2014 unternahm das Land erste Versuche, dieser Bedrohung für die öffentliche Gesundheit entgegenzutreten: Mexiko führte einerseits eine Zuckersteuer auf Süssgetränke ein, andererseits ein obligatorisches Kennzeichnungssystem für Fertigprodukte: Auf deren Verpackung waren fortan der Gehalt von Zucker, Salz, Kalorien und gesättigten Fetten aufgelistet – ergänzt durch eine Angabe, welcher Anteil einer empfohlenen Tageszufuhr damit gedeckt würde.

Der Verband der Konsumgüterindustrie ConMexico, in dem Nestlé aktiv mitmischte, hatte jedoch dafür gesorgt, dass die Referenzwerte höchst industriefreundlich bestimmt wurden. Und das nationale Gesundheitsinstitut INSP kam in einer 2016 publizierten Studie zum Schluss, dass sowieso lediglich ein Fünftel der Bevölkerung die Hinweise überhaupt beachtete. Aufgrund der Resultate sprach sich das Institut dafür aus, dass alternative Labels in Betracht gezogen werden sollten, die «von einem breiten Bevölkerungskreis verstanden und genutzt würden».

### Das Vorbild Chile

Das Vorbild fand sich gut 6000 Kilometer südöstlich. Chile hatte im Sommer 2012 ein Gesetzesvorhaben verabschiedet, das auf drei Pfeilern fusste. Erstens schwarze Warnhinweise in der Form eines Stoppschildes mit der Botschaft «Alto en...»: hoher Gehalt von Zucker, Salz, gesättigten Fetten und Kalorien. Zweitens ein Verbot, mit Warnhinweisen versehene Produkte in der Grundschule zu verkaufen. Und drittens Vorschriften, die verhindern sollen, dass für diese Produkte an Minderjährige gerichtete Werbung geschaltet wird. In Anspielung an einen beliebten Schokoladeriegel von Nestlé wurde das Gesetz im Volksmund «Ley del Súper Ocho» getauft. Gemäss Nestlé werden in Chile jede Sekunde drei dieser «Super 8» verzehrt. Nun also sollten all diese ikonischen Riegel und überhaupt ein Grossteil des Nestlé-Sortiments mit schwarzen Warnhinweisen versehen werden. Das erschien dem Konzern aus Vevey offenbar dermassen bedrohlich, dass er die offizielle Schweiz um Unterstützung bat. Konkret: Das Seco, das unter anderem die Aufgabe hat, die «Interessen des Wirtschaftsstandorts Schweiz im Ausland» zu vertreten.

Am 22. März 2013 versandte das Seco aus Bern einen Brief an die chilenischen Behörden. Er findet sich – wie die eingangs zitierten Mails – in Dokumenten, die die Sendung «Temps présent» des Westschweizer Fernsehens RTS letztes Jahr gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat – und erstmals Licht auf das Nestlé-Lobbying gegenüber den Schweizer Behörden warfen.

Adressiert ist das Schreiben an die «TBT-Kontaktstelle» Chiles. «TBT» steht für «Technical Barriers to Trade», deutsch: technische Handelshemmnisse. Das 1995 mit



Chile bekämpft die Fettleibigkeit mit einem Gesetz: Stand einer Glacémarke von Nestlé am Strand von Iquique.

der Gründung der Welthandelsorganisation WTO ins Leben gerufene TBT-Abkommen setzt Rahmenbedingungen, die verhindern sollen, «dass technische Vorschriften den Handel negativ und unverhältnismässig beeinträchtigen». In diesem Sinne bittet die Schweiz die chilenischen Behörden darum, aufzuzeigen, wie sie zum Schluss gekommen seien, «dass die vorgeschlagene Änderung zum Schutz der menschlichen Gesundheit notwendig ist». Zudem möchte die Schweiz wissen, «ob Chile weniger handelsbeschränkende Massnahmen in Betracht gezogen» habe.

Als Zweites führt die Schweiz den Grundsatz ins Feld, dass für die Erarbeitung neuer Vorschriften auf bestehende internationale Standards abgestellt werden soll. Den Standard bildet in diesem Fall der «Codex Alimentarius»: eine Sammlung von Normen für Lebensmittelsicherheit und -qualität, herausgegeben von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der Codex lege keine Höchstwerte für bestimmte Nährstoffe fest. Deshalb würde man gerne erfahren, was Chile «dazu motiviert hat, ein Etikett mit einer negativen Botschaft («Hoher Gehalt von ...») zu wählen», und wie die vorgesehenen Bestimmungen mit den Codex-Leitlinien vereinbar seien. Nun muss man wissen: Die Frage, ob der Codex Länder

tatsächlich daran hindert, eigene Warnsysteme zu entwickeln, wurde auf internationalem Parkett eingehend behandelt. Die Pan American Health Organization (Paho), der Ableger der WHO in Nord- und Südamerika, kommt in einem 2020 veröffentlichten Bericht zum Schluss: keineswegs. Die Diskussion und Entwicklung jedes Codex-Textes basiere auf den Erfahrungen einzelner Länder. «Das heisst, der Codex erwartet von den Mitgliedsländern, dass sie aktiv werden.» Länder hätten das Recht, Massnahmen zu ergreifen, um «die öffentliche Gesundheit zu schützen und die Lebensmittel- und Ernährungssicherheit ihrer Bevölkerung zu gewährleisten» – und könnten dabei auch «über die Codex-Leitlinien hinausgehen».

Und selbst die Schweiz, die im Komitee des Codex' vom Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) vertreten wird, stellte sich dort im Herbst 2021 auf den Standpunkt, es sollte den Ländern «auf der Grundlage ihres nationalen Kontextes und Erkenntnissen, was bei den Verbrauchern am besten ankommt, freistehen», sich für das eine oder andere Kennzeichnungssystem zu entscheiden.

Drei Monate nach dem Versenden des Briefes interveniert das Seco im Sommer 2013 erstmals auch an einem Treffen des TBT-Komitees. Dieses versammelt



Fettleibigkeit ist in Mexiko bei Kindern und Jugendlichen weit verbreitet und ein ernsthaftes Gesundheitsrisiko: übergewichtiger Junge in einem Kinderspital von Mexiko-Stadt.

© Keystone/AP Photo/Alexandre Meneghini

sich dreimal jährlich in Genf, um «spezifische Handelsprobleme» zu besprechen. Man habe «einige Bedenken» bezüglich des Entwurfs und fordere Chile zudem auf, den «freiwilligen Ansatz bezüglich der Angabe von Nährwertgrenzwerten auf Produkten zu prüfen», der in der Schweiz angewandt werde. In derselben Sitzung deponiert die Schweiz ihre Bedenken zu einem weiteren Gesetzesentwurf: dem «Gesetz für gesunde Ernährung» aus Peru, das ebenso wie das chilenische Pendant schwarze Warnhinweise vorsieht.

#### **Die Schweiz interveniert mehrmals**

Ein Jahr später, im Juni 2014, nimmt die Schweiz an einem TBT-Komitee-Treffen einen weiteren Labelling-Ansatz ins Visier: das Vorhaben von Ecuador, mittels Farbkennzeichnung anzugeben, ob ein verpacktes Lebensmittel einen hohen, mittleren oder tiefen Gehalt eines bestimmten Inhaltsstoffes aufweist. Das System würde bestimmte Produkte «in unfairer Weise diskriminieren» und sei nicht geeignet, den Konsument\*innen «fundierte Informationen zu vermitteln», moniert die Schweiz, und argumentiert zudem erneut damit, dass der Codex keine Nährstoffschwellenwerte festlege. Doch es hilft nichts. 2014 bringen die Mitgliedstaaten

der Paho einstimmig einen Fünfjahresplan zur Verhinderung von Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen auf den Plan. Ein festgelegtes Ziel darin: die Entwicklung und Umsetzung von Normen für Warnhinweise auf der Vordersite von Verpackungen, die es ermöglichen, «Produkte mit hohem Energiegehalt und wenig Nährstoffen schnell und einfach zu erkennen». Ende 2014 setzt Ecuador sein Kennzeichnungssystem in Kraft. Und in Chile schickt sich nach der (erneuten) Wahl von Michelle Bachelet die neu geformte, sozialistische Regierung an, gegen massiven Widerstand der Industrie und insbesondere des von Nestlé und fünf weiteren Firmen ins Leben gerufenen Interessensverbands AB Chile eine griffige Verordnung auf den Weg zu bringen. Trotz der wiederholten Interventionen der Schweiz, der EU, der USA und weiterer Länder auf WTO-Ebene, trotz aller Bemühungen der Industrie, die Gesetzgebung zu behindern: Im Juni 2016 tritt das Gesetz «Ley del Súper Ocho» in Chile in Kraft.

Pablo Devoto, CEO von Nestlé Chile, beklagt im April 2017 in einem Interview, die Warnhinweise klärten die Verbraucher\*innen nicht auf, sondern machten ihnen lediglich Angst. «Als Land», sagt er dann, so als wäre er chilenischer Präsident, «müssen wir von der Alar-

mierung zur Aufklärung kommen.» Bei Nestlé habe man nicht den Eindruck, dass sich durch die Verordnung die Konsumgewohnheiten «definitiv und radikal» geändert hätten. Wissenschaftliche Studien kommen zu anderen Schlüssen. Ein von drei Universitäten durchgeführtes Monitoring zeigt im Juni 2019, dass der Verkauf von mit Warnhinweisen versehenen Produkten deutlich zurückgegangen ist: bei gezuckerten Getränken um 25 %, bei Frühstückscerealien gar um 36 %.

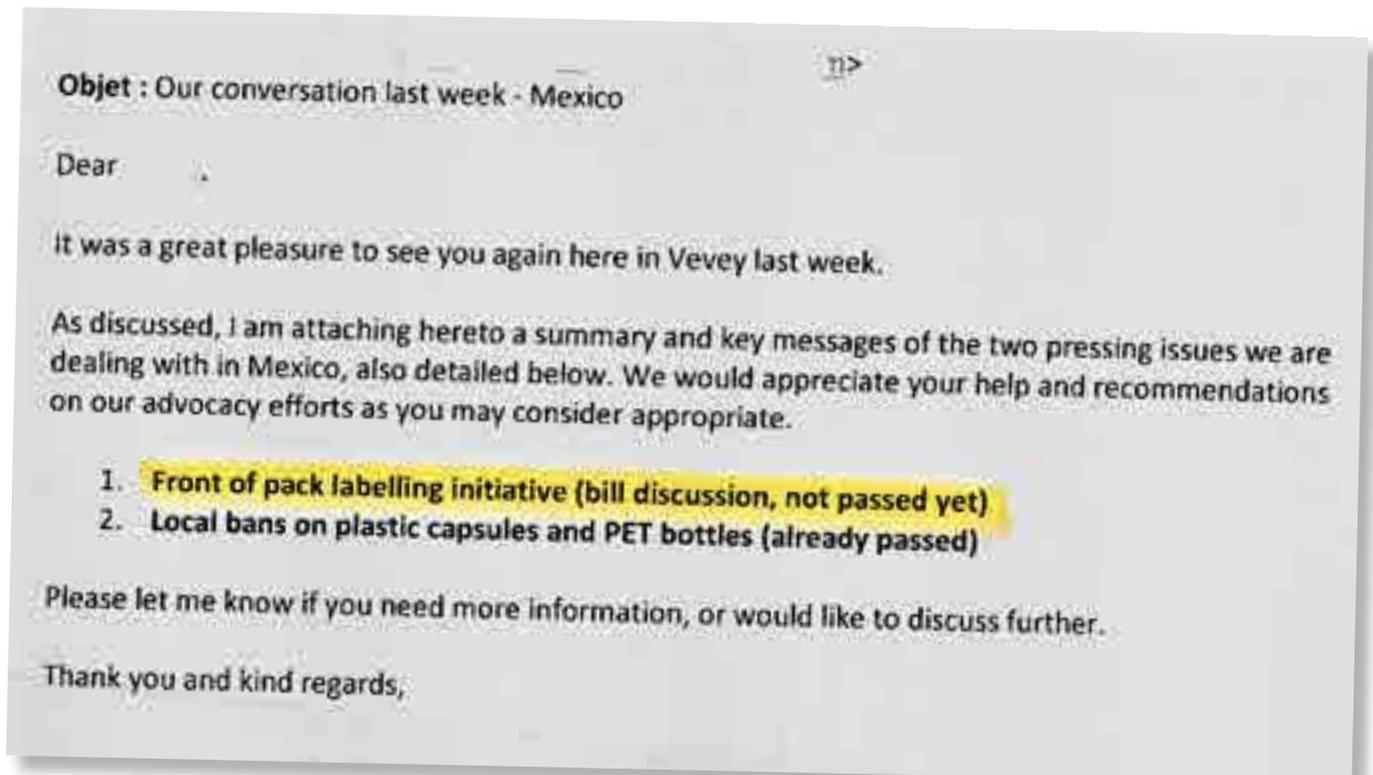
Auch in Peru zeitigen die Lobby-Bemühungen – angeführt vom Industrieverband Sociedad Nacional de Industrias, bei dem Nestlé Mitglied ist – nicht die gewünschte Wirkung. Im Sommer 2019 setzt auch Peru sein «Gesetz für gesunde Ernährung» in Kraft – inklusive obligatorischer, achteckiger Warnhinweise nach dem Vorbild Chiles. Und etwa zur selben Zeit spricht sich auch in Mexiko der Gesundheitsausschuss der Abgeordnetenkammer für «einfach verständliche», «wahrheitsgemässe» und «sichtbare» Warnhinweise auf der Vorderseite von verpackten Lebensmitteln aus. Die «Norma Oficial Mexicana 051», kurz NOM-051, ist geboren. Sie sieht fünf schwarze Stoppschilder vor, mit dem Schriftzug «Exceso», also «Übermass» – an gesättigten Fetten, an Kalorien, an Salz, an Transfetten, an Zucker. Zudem soll – nach dem Vorbild Chiles – verboten werden, für mit Warnhinweisen versehene Produkte mit Comic-Figuren, Spielzeugen oder Berühmtheiten zu werben.

Für Nestlé gehts nun ans Eingemachte: Während der Konzern in Chile und Peru je rund eine halbe Milliarde Franken Umsatz pro Jahr erzielt, waren es in Mexiko im Jahr 2019 fast 3 Milliarden Franken.

### Was auf dem Spiel stand

Um uns eine Vorstellung davon machen zu können, was für Nestlé auf dem Spiel stand, haben wir uns beim renommierten Marktforschungsinstitut Euromonitor Marktdaten besorgt. Sie zeigen, welcher Umsatz im Jahr 2019 in Mexiko im Einzelhandel mit welchen Marken und Produkten von Nestlé erzielt worden ist. Zwar wissen wir nicht exakt, welcher Bruchteil des Umsatzes als Gewinn für den Einzelhandel abfiel. Doch die Zahlen erlauben es uns, zumindest eine Schätzung anzustellen, wie gross das Nestlé-Geschäft mit Produkten war, die einen Stempel erhalten sollten – und schliesslich auch erhielten. Denn, so viel vorneweg: Die NOM-051 trat im Oktober 2020 tatsächlich in Kraft.

Mit Nestlé-Produkten aus den Kategorien «Schokolade und Konfekt» (rund 270 Millionen Franken), Eiscreme (rund 150 Millionen) und «Getränke in Pulverform» (rund 140 Millionen) sind demnach 2019 im mexikanischen Einzelhandel über eine halbe Milliarde Franken Umsatz erzielt worden. Jedem einzelnen Produkt aus diesen Kategorien drohte mindestens ein Warnhinweis. Hinzu kommen mehrere Milchprodukt-



## MEXICO – PRESSING ISSUES

## 1. FRONT OF PACK LABELLING INITIATIVE

**Context and background:**

Mexico is in the process of reviewing and approving a new standard on front of pack labeling on food (Project NOM-051.). The proposal is much more restrictive than the Chilean front of pack model, as it combines the warning octagons with a stricter Nutrient Profile. Proposal also considers greater restrictions on advertising and on the sale of products when they are labelled ("Exceso en"). A public consultation process is open, and the deadline for providing comments is December 10<sup>th</sup> 2019. We understand that SECO will be participating and sending comments in such process.

We would appreciate your help in our advocacy efforts to convey the following messages and concerns on the NOM-051.

**Main messages and concerns:**

Nestlé supports front of pack labeling systems, which have the aim of providing convenient, relevant and readily understood nutrition information or guidance on food packs, to assist all consumers to make informed food purchases and healthier eating choices. However, NOM-051, as currently drafted, will not comply with such purpose, so we aim at promoting a full discussion and review, considering the following arguments.

**From:** <  
**Sent:** vendredi, 15 novembre 2019 1:  
**To:**  
**Cc:**  
**Subject:** RE: Our conversation last w

Dear

Thank you very much for this. We will look into it and consider intervening next week. **May I ask you to who the considered intervention has to be addressed in Mexico, since you followed these developments more closely than we did.** This would help to address the right administrative units in Mexico.

Before we intervene we will get back to you reflecting what will say and to whom in Mexico.

I hope this is suitable to you.

Kind regards,

SECO; SECO;  
SECO; SECO;

**Betreff:** SECO  
Konsultation: Mexiko - Gesetzesvorlage Lebensmittelbeschriftung (Frst: Donnerstagmittag)  
**Anlagen:** Mexico - FOP and plastics for SECO.pdf; Swiss Comments on WTO Notification G/TBT/N/CHL/219

Liebe Lieber

Wie telefonisch besprochen schicke ich euch in der Beilage ein Memorandum, das uns Nestlé zu Vorstössen in Mexiko punkto Lebensmittelbeschriftung (nationale Gesetzesvorlage) und Verbot von Plastikprodukten (Mexiko-Stadt und Bundesstaaten Oaxaca & Quintana Roo) übermittelt hat. Betr. Lebensmittelbeschriftung moniert Nestlé, dass diverse Elemente der Gesetzesvorlage nicht mit den einschlägigen WTO-Bestimmungen vereinbar sind.

Für die weitere Betreuung des Firmenfalls – die Gesetzesvorlage ist bis am 10. Dezember 2019 in öffentlicher Konsultation – wäre ich euch bestmöglich bis Donnerstagmittag für eine erste Einschätzung zum Memorandum dankbar.

Von Nestlé beanstandete Punkte:

3. Tatsächlich fehlt eine wissenschaftliche Begründung für die in Tabelle 6 festgelegten Werte, gemäss welcher ein Warnhinweis auf der Verpackung angebracht werden muss. Diesen Punkt sollten aufnehmen. Wir können uns hierbei auf Art. 2.2 TBT-Abkommen beziehen, wonach eine Massnahme nicht mehr handelsverzerrend als notwendig sein muss, und die Frage stellen, ob Alternativen geprüft wurden.
4. Die Schweiz kann auf den Codex-Standard für Food Labelling CAC/GL 2-1985 hinweisen, ähnlich wie anlässlich der Intervention im TBT im Zusammenhang mit Chile.
5. Die Schweiz könnte auf eigene Erfahrungen hinweisen, wo sie auf einer freiwilligen Basis und unter Einbezug der relevanten Stakeholder daran ist, ein Label in der Schweiz einzuführen.
6. Wir sollten nachfragen, wie viele Zeit zwischen Verabschiedung und Anwendung der neuen technischen Vorschrift bleibt. Nestlé erwähnt diesen Punkt zwar nicht, aber mir scheint er wichtig.

Aus der Korrespondenz zu den Warnlabels in Mexiko:

- Nestlé in einem Memorandum: «Wir würden uns über Ihre Hilfe und Ihre Empfehlungen für unsere Lobbyarbeit freuen.»
- Antwort des Seco: «Darf ich Sie fragen, an wen in Mexiko sich die in Erwägung gezogene Intervention richten muss, da Sie diese Entwicklungen genauer verfolgt haben als wir.»
- Interne Anfrage im Seco: «Für die weitere Betreuung des Firmenfalls (...) wäre ich euch (...) für eine erste Einschätzung zum Memorandum dankbar.»
- Interne Einschätzung Seco: «Tatsächlich fehlt eine wissenschaftliche Begründung» für die Grenzwerte im neuen mexikanischen Kennzeichnungssystem.

marken, von denen heute sämtliche Artikel mit Warnhinweisen versehen sind: Mit ihnen wurden 2019 im Einzelhandel rund 270 weitere Millionen umgesetzt. Und schliesslich müssen noch jene Produkte von Marken wie Nescafé, Maggi oder aus dem Cornflakes-Sortiment hinzugerechnet werden, die mit Warnhinweisen versehen sind. Gemäss unseren Berechnungen kommen wir für Produkte dieser Marken noch einmal auf rund 340 Millionen Franken.

Heisst in der Summe: Der Einzelhandel-Verkaufswert von Nestlé-Produkten, denen ein oder mehrere Warnhinweise «drohten», belief sich im Jahr 2019 in Mexiko auf über eine Milliarde Franken. Nestlé teilt auf Anfrage mit: «Weniger als 30 % der Produkte, die wir in Mexiko verkaufen, sind mit Warnhinweisen versehen. Wir konzentrieren uns weiterhin darauf, unser Angebot an schmackhaften und gesunden Produkten zu erweitern.»

#### **Seco stimmt Vorgehen mit Nestlé ab**

Darum also gehts, als am 15. November 2019 ein Nestlé-Mitarbeiter (oder eine Mitarbeiterin, wegen der Anonymisierung in den Mails wissen wir das nicht) eine Mail an eine Person beim Seco schreibt. Es sei «eine grosse Freude» gewesen, sich letzte Woche in Vevey wiederzusehen, steht in der Mail. Wie besprochen finde sich im Anhang der Mail «eine Zusammenfassung und Kernaussagen zu den beiden dringenden Problemen, mit denen wir in Mexiko zu tun haben». Das erste Problem: Verbote von Einweg-Plastiksäcken bzw. -flaschen, gegen die sich Nestlé letztlich vergeblich wehrte. Das zweite Problem: natürlich, die NOM-051. «Wir würden uns über Ihre Hilfe und Ihre Empfehlungen für unsere Lobbyarbeit freuen», steht im Schreiben.

Beim Seco nimmt man die Angelegenheit offenbar ernst. Gerade einmal 17 Minuten dauert es, bis die Antwortmail auf dem Nestlé-Server eingeht. Der oder die Seco-Mitarbeitende schreibt: «Vielen Dank dafür». Man erwäge, nächste Woche zu intervenieren. Und dann: «Darf ich Sie fragen, an wen in Mexiko sich die in Erwägung gezogene Intervention richten muss, da Sie diese Entwicklungen genauer verfolgt haben als wir.» Bevor man interveniere, werde man sich wieder mit Nestlé in Verbindung setzen und darüber informieren, «was wir zu wem in Mexiko sagen werden».

#### **«Unnötige Ängste» bei Konsument\*innen**

Schauen wir uns jetzt erst den Inhalt dieses Memorandums an, das Nestlé dem Seco geschickt hat. Die von Mexiko vorgesehene Norm sei «viel restriktiver» als das chilenische Gesetz, weil es die achteckigen Warnhinweise mit einem restriktiveren Nährwertprofil verbinde. Zudem sehe der Vorschlag grössere Einschränkungen für die Bewerbung und den Verkauf «gelabelter» Produkte vor. Nestlé unterstütze Kennzeichnungs-

systeme, die darauf abzielten, den Konsument\*innen mit «praktischen, relevanten und rasch verständlichen Nährwertinformationen» zu helfen, «gesündere Ernährungsentscheidungen» zu treffen. Die mexikanische Norm werde diesem Ziel jedoch nicht gerecht.

Denn abgesehen von dem «zu radikalen und restriktiven» Nährwertprofil, das für die Bestimmung der Schwellenwerte benutzt werden, sollten Warnhinweise, wie sie Mexiko vorsehe, grundsätzlich «vermieden» werden. Denn diese seien weder im Codex vorgesehen noch mit internationalen Standards kompatibel und könnten bei den Konsument\*innen leicht «unnötige Ängste» wecken. Und das Verbot, gelabelte Produkte mit Comicfiguren oder Spielsachen zu bewerben, verstosse gegen mexikanisches wie internationales Recht des geistigen Eigentums.

In den Tagen, bevor die Mail aus Vevey ans Seco verschickt wird, ist Nestlé auch in Mexiko selbst in die Offensive gegangen. Am 5. November hat der Konzern seine Stellungnahme zur Regulierung eingereicht, in der er prognostiziert, die vorgesehenen Warnhinweise würden «nicht die beabsichtigte Wirkung haben». Die Bevölkerung werde «weiterhin ungesunde Produkte konsumieren, obwohl sie sich deren gesundheitlicher Auswirkungen bewusst ist». Das tatsächliche Problem seien «nicht die Informationen, die der Konsument zu den Produkten erhalte», sondern «der Konsument selbst, der nicht genügend gebildet ist». Deshalb brauche es nicht Warnhinweise, sondern Informationskampagnen. Eine Woche später wendet sich Nestlé mit einem Schreiben, das die Konsument\*innenorganisation «El Poder del Consumidor» öffentlich macht, an seine Zulieferer.

Man bitte sie, gegenüber den mexikanischen Behörden ihre «Besorgnis» über den Normentwurf kundzutun, der vorsehe, dass gewisse Fertigprodukte als «schädlich für die Gesundheit» eingestuft würden, «mit dem Ziel, die Mexikaner von deren Konsum abzubringen». Eine Intervention der Zulieferer sei «unabdingbar», um zu verhindern, dass «zu einem Zeitpunkt, in dem die nationalen Wirtschaftsaussichten herausfordernd sind», Arbeitsplätze zerstört würden. Alejandro Calvillo, Direktor von El Poder del Consumidor, bezeichnet diese Aufforderung an die Zulieferer auf Anfrage als «ein Versuch, die Entwicklung der Norm zu bremsen». Nestlé sei einer jener Konzerne gewesen, die sich am vehementesten gegen die neue Norm gestellt hätten.

Am 25. November 2019 verschickt die Kontaktperson beim Seco das «Memorandum, das uns Nestlé (...) übermittelt hat», an neun Kolleg\*innen – verbunden mit der Bitte um eine «erste Einschätzung». Am selben Tag folgt der eingangs zitierte Mailwechsel mit der EDA-Abteilung in Mexiko, die bis dahin offensichtlich nicht involviert war und sich über den Alleingang Nestlés echauffiert. Beim Seco zeigt man sich davon wenig beeindruckt. →

Die zuständige Person kommt in ihrer Analyse, die sie tags darauf abteilungsintern in die Runde schickt, zu folgenden Schlüssen: Tatsächlich fehle für die von Mexiko festgelegten Schwellenwerte «eine wissenschaftliche Begründung». Diesen Punkt sollte man aufnehmen, wird geraten. Zudem könne die Schweiz auf den Codex-Standard verweisen, «ähnlich wie anlässlich der Intervention im TBT im Zusammenhang mit Chile», sowie auf «eigene Erfahrungen» mit der Einführung eines Labels «auf einer freiwilligen Basis und unter Einbezug der relevanten Stakeholder».

### **Kehrtwende an der Ampel**

Dieser letzte Punkt wird tags darauf erneut aufgenommen. Eine Person schreibt in die Runde: «Für die weitere Bearbeitung dieser Anfrage ist wichtig zu bedenken, dass wichtige Lebensmittelhersteller und -importeure, darunter auch Nestlé (Schweiz), angekündigt haben, das vereinfachte Nährwertkennzeichnungssystem (Nutri-Score) in der Schweiz einzuführen.» Dieser Ansatz unterscheidet sich vom mexikanischen insbesondere darin, dass es «sich hierbei um eine freiwillige Massnahme handelt».

Tatsächlich hatte Nestlé im Juni 2019 erklärt, man unterstütze «den Nutri-Score als bevorzugtes Nährwertkennzeichnungssystem für Lebensmittel und Getränke in Kontinentaleuropa». Dies sei ein «Bekenntnis zu guter Ernährung und einer informierten Wahl von Lebensmitteln». Es war eine Kehrtwende: Jahrelang hatte Nestlé zuvor – zuweilen im Verbund mit weiteren Konzernen – versucht, die Lebensmittelampel erst zu verhindern, dann zu verwässern und zu verzögern.

---

### **«Die Einführung von Warnhinweisen in Teilen Lateinamerikas ist wohl einer der Hauptgründe für Nestlés Umschwenken beim Nutri-Score.»**

Mélissa Mialon, französische Ernährungswissenschaftlerin

---

Was also veranlasste nun den Konzern, dessen Management 2021 intern selbst einräumte, dass über 60 % seiner Produkte ungesund sind, sich für ein Ampelsystem einzusetzen? Die französische Ernährungswissenschaftlerin Mélissa Mialon sagt auf Anfrage: «Die Einführung von Warnhinweisen in Teilen Lateinamerikas ist wohl einer der Hauptgründe für Nestlés Umschwenken beim Nutri-Score.» Denn im Vergleich zu schwarzen Warnhinweisen hat die Ampel für Nestlé eindeutige Vorteile: Erst einmal sieht eine farbenfrohe Skala deutlich schmucker aus als schwarze Stoppschilder. Wichtiger noch: Während das in Mexiko und Chile angewandte System ein Übermass eines gewissen

Stoffes «brandmarkt», können beim Nutri-Score negative mit positiven Nährwerteigenschaften wettgemacht werden. Heisst: Muss ein Hersteller beim «südamerikanischen» System den Zucker-, Salz- oder Fettgehalt reduzieren, damit er um ein schwarzes Stoppschild auf der Verpackung herumkommt, kann der Nutri-Score durch eine Zugabe von positiv bewerteten Nährstoffen wie Ballaststoffe oder Proteine in den grünen Bereich gedrückt werden. Was das zur Folge hat, lässt sich schön anhand eines der bekanntesten Nestlé-Produkts darstellen: Nesquik.

### **Wie der Nutri-Score Nesquik schmeichelt**

Ein Blick auf die Zutatenliste zeigt: Das «Schokoladenpulver» Nesquik besteht zu drei Vierteln aus Zucker.

In Mexiko würde die in der Schweiz verkaufte Nesquik-Rezeptur mit zwei Warnhinweisen versehen: «Excesso» (Übermass) an Kalorien und an Zucker. Zudem dürfte das Produkt nicht mit dem Nesquik-Hasen beworben werden. In Mexiko hat Nestlé mittlerweile zuckerärmere Rezepturen des Kakaotranks auf den Markt gebracht.

In der Schweiz trägt Nesquik den hellgrünen Nutri-Score B. Denn die Berechnungsweise des Nutri-Score berücksichtigt (1.) sowohl negative wie auch positive Nährwerteigenschaften und bewertet (2.) nicht das Produkt in seiner ursprünglichen Form, sondern wie es schliesslich eingenommen wird (hier: Pulver und Milch), wobei die Bewertung (3.) auf einer von Nestlé selbst bestimmten Rezeptur basiert: Diese mischt sehr wenig Pulver mit viel fettarmer Milch, deren positive Nährwerte die Bewertung in den grünen Bereich heben. Auch der Hase darf bleiben.

Die Grafik auf Seite 13 zeigt, wie der Nutri-Score Nesquik und einige andere Nestlé-Produkte, die in der Schweiz auf dem Markt sind, deutlich positiver beurteilt als dies mit den Warnhinweisen in Mexiko der Fall wäre.

Die Paho, von der wir es schon hatten, verglich Ende 2020 die schwarzen Warnhinweise mit fünf weiteren Labelling-Systemen, unter anderem mit «zusammenfassenden Systemen» wie dem Nutri-Score. Sie kam zum unmissverständlichen Schluss: «Eindeutige Warnungen auf der Vorderseite der Verpackung von Lebensmitteln, die zu viel Fett, Zucker und Natrium enthalten, sind der beste Weg, um Menschen dabei zu helfen, die ungesundesten Einkäufe zu vermeiden.» Wenn wie beim Nutri-Score positive und negative Eigenschaften eines Produktes miteinander verrechnet würden, werde «der Zweck (der Kennzeichnung) verfälscht, die Wirkung abgeschwächt und die Verwirrung unter den Konsumenten vergrössert».

Im Schreiben, welches das Seco schliesslich am 9. Dezember 2019 an die mexikanischen Behörden verschickt, erinnert die Schweiz dennoch daran, dass sich in der Schweiz «grosse Lebensmittelherstel- →

## Was wäre wenn? Mexikos Warnhinweise auf Schweizer Produkten

In der Schweiz kennzeichnet Nestlé seine Produkte mit dem Nutri-Score. Dieses System legte das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auch Mexiko nahe. Wir haben sieben von Nestlé in der Schweiz verkaufte Produkte genauer unter die Lupe genommen: Nach dem System, das heute in Mexiko in Kraft ist, hätten sie alle einen oder mehrere Grenzwerte überschritten.



Ausschlaggebend für die Berechnung der Warnsiegel sind die Produktrezepturen, wie sie im April 2022 im Schweizer Detailhandel vertrieben wurden. Nestlé deklarierte zu dieser Zeit keinen Nutri-Score für das Hirz-Erdbeeryoghurt und die Lion Cereals. Wir haben den Nutri-Score anhand der offiziellen Richtlinien nachgerechnet.

Laut dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen hilft der **Nutri-Score**, «ähnliche Lebensmittel rasch zu vergleichen und die gesündere Wahl zu treffen. Er kennzeichnet Lebensmittel mit einer farbigen Skala von **A** grün (= ausgewogen) bis **E** rot (= unausgewogen). Der Score wird mittels einer wissenschaftlich validierten Formel ermittelt. Dabei werden positive und negative Aspekte miteinander verrechnet. Zu den positiven Aspekten gehören der Gehalt an Früchten, Gemüse, Hülsenfrüchten, Nüssen, gewissen Ölen, Nahrungsfasern und Eiweiss. Umgekehrt tendiert der Score umso stärker in den roten Bereich, je mehr Zucker, Salz, gesättigte Fettsäuren und Energie ein Lebensmittel enthält.»

Die lateinamerikanischen **Warnsiegel** zeigen, wenn Grenzwerte für negative Inhaltsstoffe (Kalorien, Zucker, gesättigte Fettsäuren, Natrium) überschritten werden. Übermässig negative Aspekte lassen sich nicht mit positiven verrechnen.

Mexiko schreibt Warnsiegel mit folgenden Grenzwerten vor:



«Exceso Calorías» (Überschuss an Kalorien) bei über 275 Kilokalorien pro 100 Gramm



«Exceso Azúcares» (Überschuss an Zucker), wenn freie Zucker über 10 % der Energiemenge ausmachen



«Exceso Grassas Saturadas» (Überschuss an gesättigten Fettsäuren), wenn gesättigte Fettsäuren über 10 % der Energiemenge ausmachen



«Exceso Sodio» (Überschuss an Natrium) bei über 350 Milligramm Natrium pro 100 Gramm



Klare Kennzeichnungen, um die Gesundheit unserer Kinder zu schützen: Ein Plakat in der U-Bahn von Mexiko-Stadt wirbt vor der Einführung der schwarzen Warnhinweise für das entsprechende Gesetz.

ler und -importeure» bereit erklärt hätten, auf «rein freiwilliger Basis» den Nutri-Score einzuführen. Man möchte Mexiko «höflich fragen», ob auch «weniger handelsbeschränkende Massnahmen» in Betracht gezogen worden seien. Ansonsten repetiert das Schreiben im Wesentlichen die Punkte, die Nestlé per Memorandum übermittelt hat: Man sei besonders interessiert zu erfahren, auf welcher Grundlage die Schwellenwerte für die Warnhinweise festgelegt worden seien. Warum Mexiko negative Warnhinweise einführen wolle, obwohl diese im Codex nicht vorgesehen seien und Konsument\*innen Glauben machen könnten, bestimmte Lebensmittel sollten «gänzlich vermieden werden, obwohl sie Teil einer ausgewogenen Ernährung sein können».

#### **Mexiko bleibt standhaft**

Anfang 2020 reicht die Schweiz gemeinsam mit der EU, den USA und weiteren Ländern beim TBT-Komitee einen «Specific Trade Concern» ein – eine Meldung, dass man bei der von Mexiko vorgesehenen Gesetzgebung «spezifische Handelsprobleme» sehe. Im Februar 2020 interveniert der Seco-Mitarbeitende am TBT-Treffen an der Seite der EU und der USA, wiederholt die im Schreiben geäusserten Bedenken. Und kurz sieht es so aus, als

hätte der geballte Widerstand gegen das mexikanische Vorhaben tatsächlich Erfolg: Aufgrund der Beschwerde eines Industrieverbandes suspendiert ein mexikanisches Gericht Ende Februar das Inkrafttreten der neuen Norm. Doch nur wenige Tage später wird der Entscheid von der nächsthöheren Instanz schon wieder kassiert. «Leider ist unser Stand, dass die NOM Ende März/Anfang April veröffentlicht werden könnte, ohne große Änderungen gegenüber dem Entwurf, den wir gesehen haben», schreibt die Nestlé-Person am 12. März ans Seco, nachdem sie sich noch einmal artig für die «wertvolle Hilfe in dieser wichtigen Angelegenheit» bedankt hat.

Am 27. März wird die NOM-051 im mexikanischen Amtsblatt publiziert, ohne dass an den Bestimmungen noch etwas geändert worden wäre. Am 3. April meldet sich das Seco noch einmal bei Nestlé. Man habe von «US-Quellen» erfahren, dass gemäss der dortigen Industrie das Inkrafttreten der Norm wegen «Covid-19 und der derzeit hohen Nachfrage nach Lebensmitteln» verschoben werden sollte. «Teilt Nestlé diese Einschätzung/Besorgnis?»

Offenbar schon. Am nächsten TBT-Treffen vom Mai fordert die Schweiz die mexikanischen Behörden jedenfalls «mit einer gewissen Dringlichkeit» dazu auf, das Inkrafttreten der Änderungen «auf einen späteren

Zeitpunkt» zu verschieben. Die USA und die EU werden konkreter: Sie fordern einen Aufschub von zwei Jahren.

Doch wie Sie schon wissen: Am 1. Oktober 2020 tritt die NOM-051 in Kraft. Die Paho bezeichnet die Norm als «die fortschrittlichste und umfassendste Regelung weltweit». Dass die Schweiz das Land am nächsten TBT-Meeting von Ende Oktober noch einmal auffordert, die Norm zu «überprüfen, um eine angemessene Versorgung des mexikanischen Marktes mit Lebensmitteln und Getränken insbesondere während der COVID-19-Pandemie sicherzustellen», ändert nichts mehr daran. Offenbar beginnen die Lebensmittelkonzerne aufgrund der neuen Gesetzgebung rasch damit, die Rezepturen ihrer Produkte anzupassen. Und die mexikanischen Behörden scheinen demonstrieren zu wollen, dass sie es mit der Umsetzung der neuen Norm ernst meinen: Im April ziehen sie über 10 000 Produkte von 80 Marken aus dem Verkehr, die nicht korrekt beschriftet sind – darunter zwei Sorten Cornflakes von Nestlé.

### Die Reaktionen

Nestlé beantwortet die konkreten Fragen von Public Eye (etwa bezüglich der «Zusammenarbeit» mit dem Seco, zur Entwicklung des Umsatzes seit Einführung der Warnhinweise oder zur Kehrtwende in Sachen Nutri-Score) nicht einzeln, sondern mit einem summarischen Statement. Es sei Nestlé «ein Anliegen, die Menschen bei einer ausgewogenen Ernährung zu unterstützen», teilt Mediensprecher Christoph Meier mit. Man sei aber der Meinung, dass die «besondere Form der Kennzeichnung mit Warnhinweisen», wie sie Chile und Mexiko implementiert haben, «nicht dabei hilft, gesündere Optionen in einer bestimmten Produktkategorie zu wählen». Beim Nutri-Score dagegen hätten Auswertungen in Europa gezeigt, dass dieser «den Konsumenten hilft, gut informierte Entscheidungen zur Ernährung zu treffen». Aber: «Wir pflegen einen transparenten und konstruktiven Austausch mit Behörden und Stakeholdern und halten uns selbstverständlich streng an die Kennzeichnungsvorschriften in beiden Ländern.»

Das Staatssekretariat für Wirtschaft nimmt relativ ausführlich Stellung, weicht in Bezug auf gewisse Aspekte aber auch auffallend aus. Auf die Frage, ob die Interventionen in Mexiko und Chile auf Bitte von Nestlé hin erfolgten, schreibt das Staatssekretariat, es werde «in der Regel durch die interessierte Anspruchsgruppen und Wirtschaftsteilnehmer auf WTO-Notifikationen anderer WTO-Mitglieder aufmerksam gemacht». Diese Anliegen würden daraufhin jeweils überprüft, und nur bei «begründeten Zweifeln und Fragen» werde «ein schriftlicher Kommentar oder eine Intervention im TBT-Komitee zusammen mit den anderen WTO-Mitgliedern angestrebt». Ob es üblich ist, dass sich das Seco von privaten Akteuren bezüglich des geeigneten Adressaten einer Intervention

beraten lässt? «Die Schweiz verfügt über entsprechende Vertretungen im Ausland, um die bilateralen Beziehungen zu pflegen und in Kontakt mit Vertretern unserer Partnerländer zu treten.» Ob die Intervention des Seco gegenüber Mexiko mit dem EDA und/oder dem BLV abgesprochen gewesen sei? «Im WTO TBT Komitee wird die Position der Schweiz vertreten, welche gegebenenfalls mit den je-

---

**«Wir werden niemals zulassen, dass ein anderes Land oder ein ausländischer Konzern uns unsere Gesundheitspolitik diktiert.»**

Dr. Hugo López-Gatell, im Gesundheitsministerium von Mexiko zuständig für Prävention

---

weiligen zuständigen Ämtern abgestimmt wird.» Die verschiedenen Bundesstellen arbeiteten «eng zusammen und koordinieren ihre Bemühungen». Zwischen der Position der Schweiz im Rahmen des Codex (gemäss der es den Ländern freistehen sollte, welches Kennzeichnungssystem sie wählen) und der Schweizer Position im WTO TBT-Komitee schliesslich besteht laut Seco «kein Widerspruch».

### Fortsetzung folgt bestimmt

2021 hat auch Uruguay ein Gesetz mit Warnhinweisen implementiert. Brasilien und Kolumbien haben entsprechende Gesetze verabschiedet, in Kanada schlägt das Gesundheitsministerium ein solches vor, und zuletzt wurde im März 2022 in Argentinien das «Gesetz zur Förderung einer gesunden Ernährung» publiziert – inklusive schwarzer, achteckiger Warnhinweise.

In der Schweiz sagte derweil die abtretende Staatssekretärin Marie-Gabrielle Ineichen-Fleisch im Mai 2022 an einer Diskussionsrunde ganz unumwunden: «Eine Hauptaufgabe meiner letzten elf Jahre als Seco-Direktorin war es, mehr Regulierung abzuwehren.» Dr. Hugo López-Gatell, der Experte aus dem mexikanischen Gesundheitsministerium, sagt dazu: «Unsere Regierung hat sich vorgenommen, die politische Macht von der wirtschaftlichen Macht zu trennen. Wenn Länder wie die Schweiz die Interessen ihrer Konzerne verteidigen wollen, sollen sie das im Rahmen ihrer nationalen Gesetze oder in internationalen Gremien tun. Aber wir werden niemals zulassen, dass ein anderes Land oder ein ausländischer Konzern uns unsere Gesundheitspolitik diktiert.» ■



Diese Recherche weiterleiten  
oder online lesen:  
[peye.link/mexiko](https://peye.link/mexiko)



Von Nestlé-Leuten beherrschtes Präsidium: Nestlé-Verwaltungsrat Patrick Aebischer und ex-Nestlé-Chef und -Präsident Peter Brabeck stellen im Februar 2019 mit Bundesrat Ignazio Cassis den Medien die Stiftung Geneva Science and Diplomacy Anticipator vor.

© Peter Klauzner / Keystone

## Wie Nestlé in der Ernährungspolitik der Schweiz das Wegschauen versüsst

Mit hohen Aufwendungen für Ernährungs- und Gesundheitsforschung, dank einer grossen Nähe zu Politik und Verwaltung und über ihren Einfluss in bedeutenden Interessensverbänden trägt Nestlé dazu bei, dass sich die Schweiz beim Versuch, die ernährungsbedingten Ursachen von Übergewicht anzugehen, mit Minischrittchen begnügt – und weiterhin auf Freiwilligkeit setzt.

MANUEL ABEBE

Die Eidgenössische Technische Hochschule Lausanne (EPFL) liegt eine gute halbe Stunde Autofahrt vom Nestlé-Hauptsitz in Vevey entfernt. An der Hochschule hat Nestlé auf dem «Innovation Park» einen eigenen Ableger angesiedelt: das «Nestlé Institute of Health Sciences». Die Hochschule und der Konzern sind sich schon länger sehr nahe: 2006 hatte Nestlé Fördergelder für zwei Professuren an der EPFL gesprochen – und sich, wie später ans Licht kam, eine Vetoklausel über die Besetzung der Lehrstühle ausbedungen. Der damalige EPFL-Präsident Patrick Aebischer, Unterzeichner der umstrittenen For-

schungspartnerschaft, gab Anfang 2015 seinen Rücktritt von der Spitze der Bundeshochschule bekannt.

Der Grund offenbarte sich am Tag darauf: Er wechselte in den Nestlé-Verwaltungsrat. Seit 2019 hat er – neben der Tätigkeit bei Nestlé – wieder einen bundesrätlichen Auftrag: Dieser ernannte ihn zum Vize des einstigen Nestlé-Patrons Peter Brabeck-Letmathe beim «Geneva Science and Diplomacy Anticipator» – einer Stiftung, die wissenschaftliche und technologische Trends «antizipiert», um den diplomatischen Standort Genf zu stärken – unter anderem mithilfe von drei Bundesmillionen pro Jahr.

In einer grossen Infografik zeigt Public Eye erstmals auf, wie umfassend das Netzwerk ist, das Nestlé in der Schweiz hat (siehe Grafik Seiten 20 und 21). Ob Politik, Verwaltung, Wissenschaft oder Verbände: Der milliardenschwere Konzern mit Sitz in Vevey pflegt ein dichtes Netz an Kontakten zu wichtigen Anspruchsgruppen und Entscheidungsträger\*innen.

Diese Infografik und die eingangs genannten Episoden zeigen: Berührungspunkte zwischen staatlichen Institutionen und Nestlé gibt es kaum, gerade mit seiner Führungsrolle in der Ernährungs- und Gesundheitsforschung pflegt der Konzern seinen Ruf in der Verwaltung. Die eigene Forschungsabteilung lässt sich Nestlé einiges kosten: Über 1,67 Milliarden Franken hat Nestlé vergangenes Jahr gemäss eigenen Angaben für ihre Forschungsabteilung aufgewendet. Das sind gut 160 Millionen mehr als das Jahresbudget der Universität Zürich beträgt. Allein in Lausanne forschen rund 800 Nestlé-Angestellte: zu Lebensmitteln, die besser schmecken und schöner aussehen, aber auch zum Zusammenhang zwischen Ernährung und nicht übertragbaren Krankheiten.

### Ungehörter Appell

Den Zusammenhang kennt die Lebensmittelindustrie schon lange: Bereits 1999 mahnte Michael Mudd, damals in der Geschäftsleitung des US-amerikanischen Lebensmittelkonzerns Kraft Foods, bei einem Branchentreffen: «Wir können nicht so tun, als sei die Ernährung nicht Teil des Adipositas-Problems. Kein glaubwürdiger Experte wird den Anstieg von Adipositas allein der abnehmenden körperlichen Betätigung zuschreiben.» Der Appell verhallte ungehört. Mudd zeigte sich 2013, Jahre nach seinem Rücktritt, konsterniert: «Ich verliess die Industrie, weil ich schliesslich eingestehen musste, dass Reformen nie von innen kommen werden.»

Der Grundsatzdiskurs hat sich bis heute – trotz jahrelanger Forschung der Industrie – kaum verändert: Nestlé etwa sieht die Ursache für Übergewicht nicht bei den eigenen Produkten, sondern beim Ungleichgewicht zwischen Ernährung und Bewegung. Die Botschaft: Wer sich nur genug bewegt, kann alles essen.

### Löchrige Ernährungspyramide

Dass es nicht so einfach sein kann, zeigt sich längst auch in der Schweiz. Von fünf Erwachsenen sind zwei übergewichtig, ebenso jedes sechste Kind. Nicht übertragbare Krankheiten wie Adipositas, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes Typ 2 betreffen mittlerweile über zwei Millionen Menschen. Die jährlichen Folgekosten von Übergewicht und Adipositas wurden vor zehn Jahren zum letzten Mal geschätzt: auf rund 8 Milliarden Franken.

Das in der Schweiz wohl bekannteste Mittel zur Sensibilisierung auf eine gesunde Ernährung ist die

Lebensmittelpyramide. Kinder lernen damit schon in der Schule: Ungesüsste Getränke, Früchte und Gemüse bilden das Fundament der gesunden Ernährung. An der Spitze hingegen sind süsse und salzige Knabberereien platziert, davon sollte wenig gegessen werden.

Damit die Ernährungspyramide den jeweils aktuellen Stand der Ernährungsforschung abbildet, lässt sich das verantwortliche Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) von einer ausserparlamentarischen Expertenkommission beraten, der Eidgenössischen Ernährungscommission (EEK). Die Einschätzung der EEK hat in der Schweiz Gewicht, sie prägt die vorherrschende Meinung, was als gesundes Essen gilt.

### Erstaunliche Zurückhaltung bei Snacks

Die immer stärker ins Gewicht fallende Problematik der nicht übertragbaren Krankheiten gab so 2020 der EEK Anlass, dem BLV Bericht über den Stand der Wissenschaft zu deren Zusammenhang mit der Ernährung zu erstatten. Zweck der Arbeit: Die Überarbeitung der Lebensmittelpyramide. Kapitel für Kapitel werden im Bericht die zahlreichen Studien zu Getränken, Getreide, Eiweissquellen und anderen Lebensmittelgruppen gewissenhaft gewürdigt und gegeneinander aufgewogen.

---

**Die eine Person erhielt Referentengebühren von Nestlé, die andere ist direkt bei Nestlé Research angestellt.**

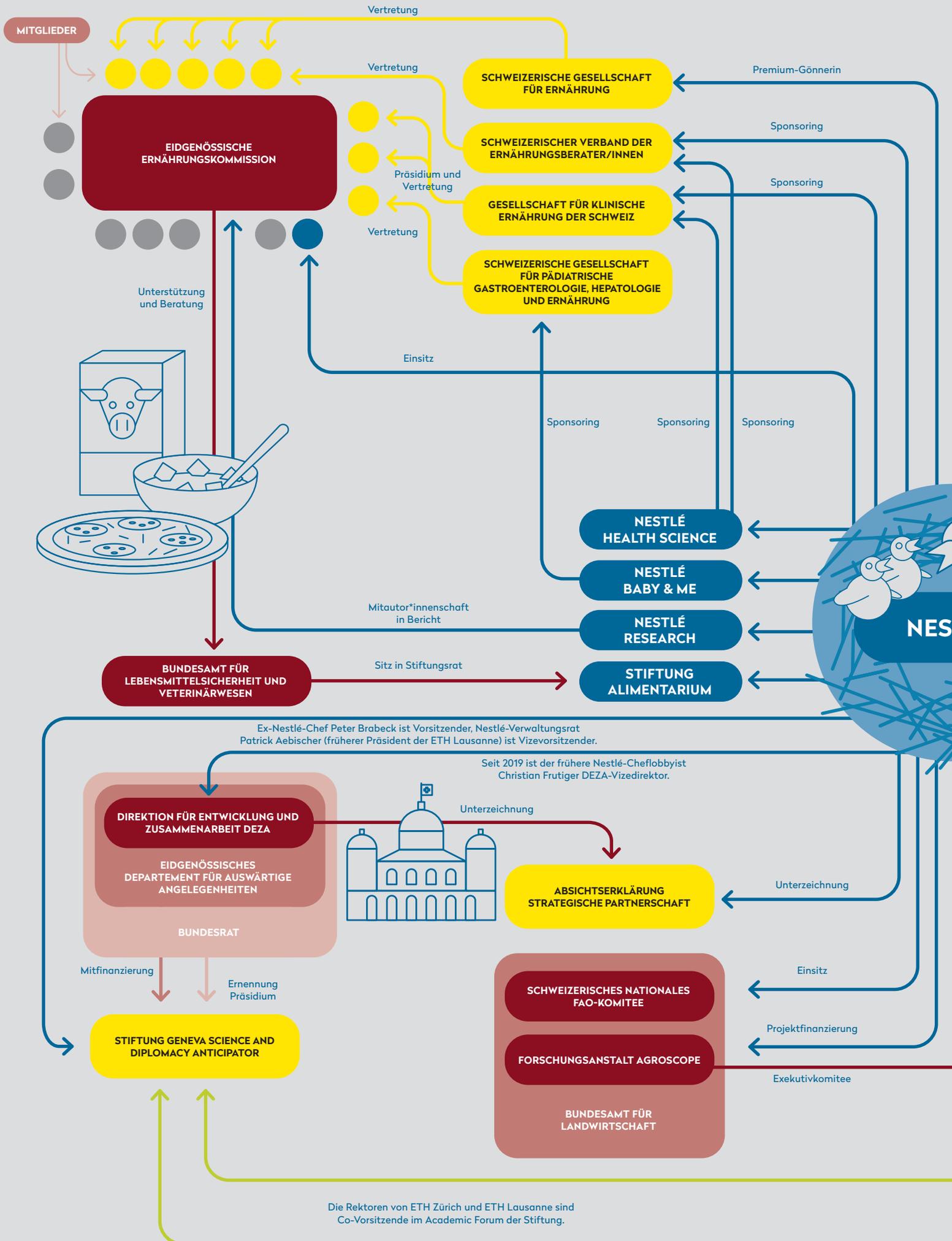
---

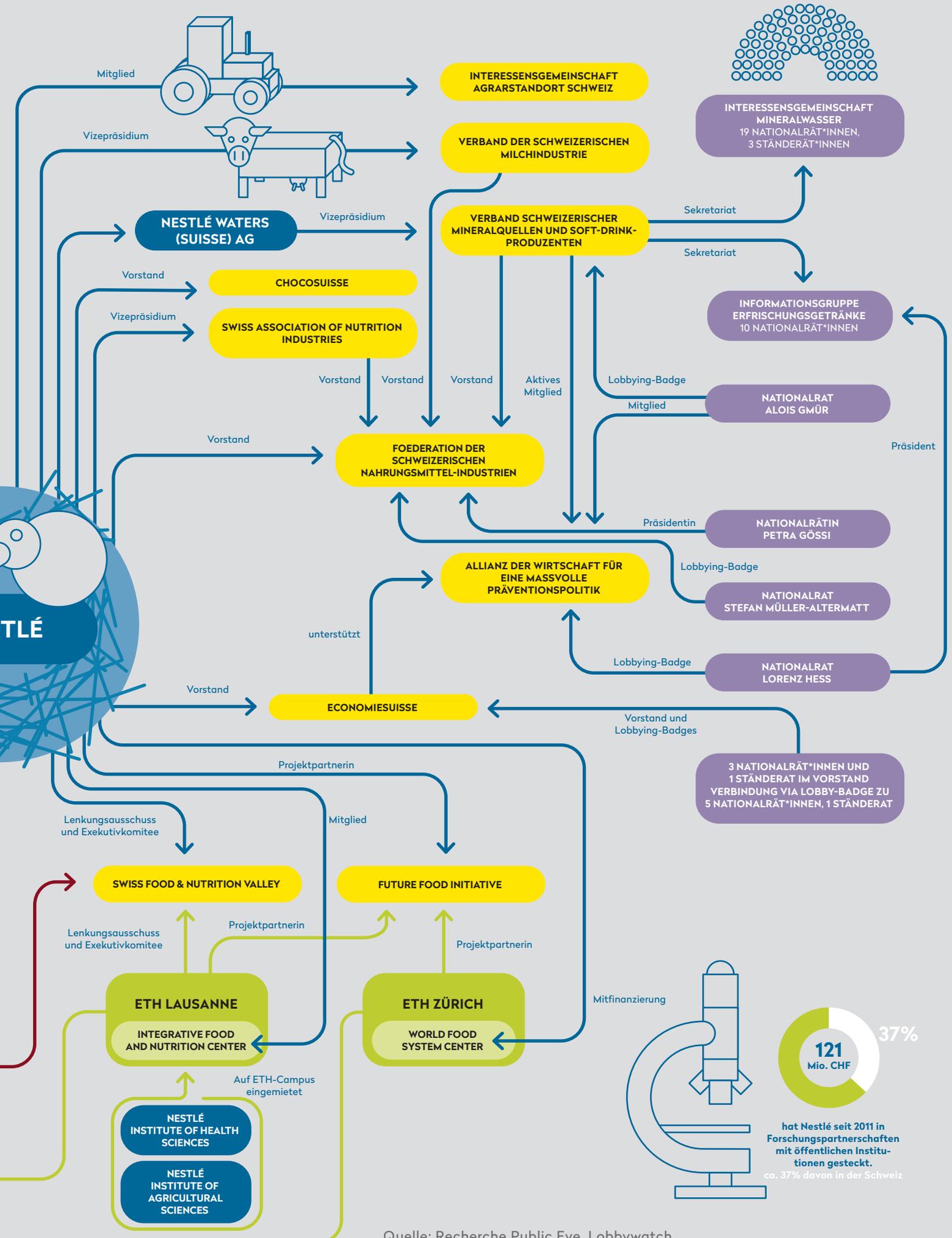
Doch im Kapitel «Verpackte Lebensmittel und Snacks» geizt der Bericht plötzlich mit Quellenverweisen. Das erstaunt, denn ein Bericht, den die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) herausgab, fand allein in den Jahren von 2015 bis 2019 mindestens 26 Studien zum Zusammenhang von nicht übertragbaren Krankheiten und ultraverarbeiteten Lebensmitteln. Mögliche Folgen sind unter anderem Krebs, Asthma, Reizdarmsyndrom, Depressionen oder Übergewicht.

Der EEK-Bericht kommt hingegen zum Schluss: «Für die Beurteilung der gesundheitlichen Auswirkungen eines regelmässigen Konsums stark verarbeiteter Lebensmittel, die aus verschiedenen Zutaten bestehen, sind noch weitere Forschungsarbeiten erforderlich.» Ein Blick auf die Interessenskonflikte der beiden Autor\*innen des besagten Kapitels gibt einen Hinweis darauf, worin die Vorsicht begründet sein könnte: Die eine Person erhielt Referentengebühren von Nestlé, die andere ist direkt bei Nestlé Research angestellt. Zudem sitzen in der EEK, die den Bericht verabschiedet hat, neben einer direkt bei Nestlé angestellten Person acht weitere Mitglieder, die Mitgliedschaften oder Vorstandsämter in

Fortsetzung auf Seite 20 →

# Wer in der Schweiz mit dem Multi ins Nestlé geht





Quelle: Recherche Public Eye, Lobbywatch

von Nestlé gesponsorten Verbänden besetzen. So fehlen in der Ernährungspyramide weiterhin Empfehlungen zu verarbeiteten Produkten – obwohl jüngst eine Studie zeigte, dass jede vierte in der Schweiz konsumierte Kalorie aus ultraverarbeiteten Produkten stammt.

### Spuren einer Zuckerreduktion

Wer sich mit Übergewicht beschäftigt, kommt um ein Lebensmittel nicht herum: Zucker. Laut BLV konsumieren die Schweizer\*innen beinahe das Doppelte der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfohlenen Höchstmenge von 50 Gramm pro Tag.. Das rief vor ein paar Jahren auch den Bundesrat auf den Plan. Zehn Firmen – unter ihnen Nestlé – unterzeichneten 2015 gemeinsam mit dem Innendepartement die sogenannte Erklärung von Mailand – und versprachen damit, den zugesetzten Zucker in Joghurts und Frühstückscerealien schrittweise zu reduzieren; um 2,5 bzw. 5 %.

---

### Die Zuckerlobby ist mächtig. In der Informationsgruppe Erfrischungsgetränke etwa sitzen gleich zehn Parlamentarier\*innen.

---

Welchen Nutzen hat diese Reduktion? Eine Fachpublikation des BLV gibt Aufschluss, wo der zugesetzte Zucker im Schweizer Speiseplan steckt. Fast die Hälfte – 48 % – sitzt in Süssigkeiten. Weitere 38 % in Getränken. Zuge-setzter Zucker in Joghurt und Frühstückscerealien macht nur 6,4 % aus. Die Reduktionsziele der Erklärung von Mailand bedeuteten konkret: Ein Zwanzigstel Teelöffel weniger Zucker pro Person pro Tag. Ende 2018 verkündete der Bundesrat die frohe Botschaft: «Ziele erreicht.» Die Erklärung ging in eine neue Runde, bis Ende 2024 soll die Zuckermenge in Joghurt und Frühstücksflocken weiter reduziert werden. Neu um 10 und 15 %. Im Schnitt ein Fünftel Teelöffel pro Tag und Kopf. Den Fortschritt zu messen, wird schwierig: In der Schweiz müssen Unternehmen die zugesetzten Zucker nicht deklarieren.

### Freiheit in der Flasche

Wenn sich der Bundesrat für solch marginale Verbesserung auf die Schultern klopft, müsste man für wirksame Massnahmen auf Initiativen des Parlaments hoffen. Doch Vorhaben zur Zuckerregulierung haben es in Bern schwer. Die Standesinitiativen für eine Begrenzung des Zuckergehalts (Genf) und für eine klare Darstellung der Zuckermenge (Freiburg) wurden letzten Dezember am gleichen Sessionstag vom Ständerat bachab geschickt – wie zuvor auch schon eine Standesinitiative des Kantons Neuenburg für eine Steuer auf zugesetzten Zucker.

Die Zuckerlobby ist mächtig. In der Informationsgruppe Erfrischungsgetränke etwa sitzen gleich zehn Parlamentarier\*innen. Die Gruppe, die den Genuss von zuckergesüssten Getränken als «Freiheit in der Flasche» bezeichnet, wird vom Verband Schweizerischer Mineralquellen und Soft-Drink-Produzenten (SMS) koordiniert, in dem Nestlé das Vizepräsidium besetzt.

Auch sonst ist Nestlé in Bundesbern gut vernetzt. Präsidentin des von Nestlé geprägten Branchenverbands der Lebensmittelindustrie, der Foederation der Schweizerischen Nahrungsmittel-Industrien (Fial), ist seit Juni ex-FDP-Präsidentin und Nationalrätin Petra Gössi. Zudem sitzt Nestlé-Geschäftsleitungsmitglied David Frick im Vorstand der politisch einflussreichen Economie-suisse, die auch Mitgründerin der Allianz der Wirtschaft für eine massvolle Präventionspolitik (AWMP) ist.

In der AWMP versammeln sich Lobbyist\*innen für Tabak, Alkohol, Fleisch oder Zucker – und machen sich gemeinsam etwa gegen Werbeverbote stark. Gerade bei Lebensmitteln ist das Thema hochaktuell: Eine Kommission der WHO, des Uno-Kinderhilfswerks Unicef und der renommierten medizinischen Fachzeitschrift «Lancet» sprach sich 2020 gegen «verführerische» Kinderwerbung für gesundheitsschädigende Nahrungsmittel aus. Kinderwerbeverbote für Junk-Food gibt es bereits in Neuseeland, Mexiko, Chile, Peru oder Spanien, Grossbritannien will nachziehen. Währenddessen setzt der Bund bei Kinderwerbung auf das «freiwillige Engagement der Lebensmittelindustrie». Das ist wohl im Sinne von Nestlé: Die unabhängige und nicht gewinnorientierte Access to Nutrition Initiative befand in einer Auswertung von Nestlé-Produkten in zehn Ländern, dass gerade mal 11 % genügend Nährwertqualität haben, um für die Vermarktung an Kinder geeignet zu sein.

### Bundesrat setzt weiterhin auf Freiwilligkeit

Während immer mehr Regierungen ernsthafte Schritte unternehmen, um überzuckerte Lebensmittel und deren verheerenden Folgen mit konkreten Regulierungen in den Griff zu kriegen, hat der Bundesrat jüngst in seiner Antwort auf eine Interpellation deutlich gemacht, wie weit er zu gehen bereit ist: Er will den Konzernen vorschlagen, die Erklärung von Mailand auf Milchgetränke, Quarkprodukte und Süssgetränke zu erweitern und die Reduktionsziele mit der Lebensmittelindustrie diskutieren. Die Einhaltung der Erklärung von Mailand bleibt – natürlich – freiwillig. ■



## Die Pharmaindustrie macht auf Kosten der Prämienzahlenden enorme Profite

Public Eye hat die Forschungs- und Entwicklungskosten für sechs Krebsmedikamente von grossen Pharmakonzernen recherchiert und die Gewinnmargen für die Schweiz geschätzt. Das Resultat: Margen von 40 bis 90 %. Um das Gesundheitssystem und die Prämienzahlenden nicht noch weiter zu belasten, müssen das Parlament und der Bundesrat jetzt handeln und Transparenz über private und öffentliche Forschungs- und Entwicklungskosten schaffen, damit angemessene Preise für Medikamente festgelegt werden können, anstatt weiter Alibimassnahmen zu verfolgen.

**GABRIELA HERTIG**

In der Schweiz sind die steigenden Gesundheitskosten ein heisses Thema. Besonders brisant: Die Kosten für Medikamente belaufen sich auf genau 25 % der Ausgaben der obligatorischen Krankenversicherung (OKP, Grundversicherung). Damit werden die steigenden Gesundheitskosten auch entscheidend durch hohe Medikamentenpreise getrieben. Dies gefährdet das Recht auf Gesundheit für alle, und für das Jahr 2023 wird eine Prämienhöhung von bis zu 10 % erwartet. Die hohen

Medikamentenpreise bergen auch die Gefahr einer Zweiklassenmedizin, indem die Kosten durch Rationierungen oder immer mehr Einschränkungen nur noch für einen Teil der Patient\*innen von der Grundversicherung übernommen werden.

Anstatt jedoch mehr Transparenz zu schaffen, schlägt der Bundesrat die gesetzliche Verankerung geheimer Rabatte vor. Solche Massnahmen ändern aber nichts am Machtungleichgewicht zwischen dem Bun-

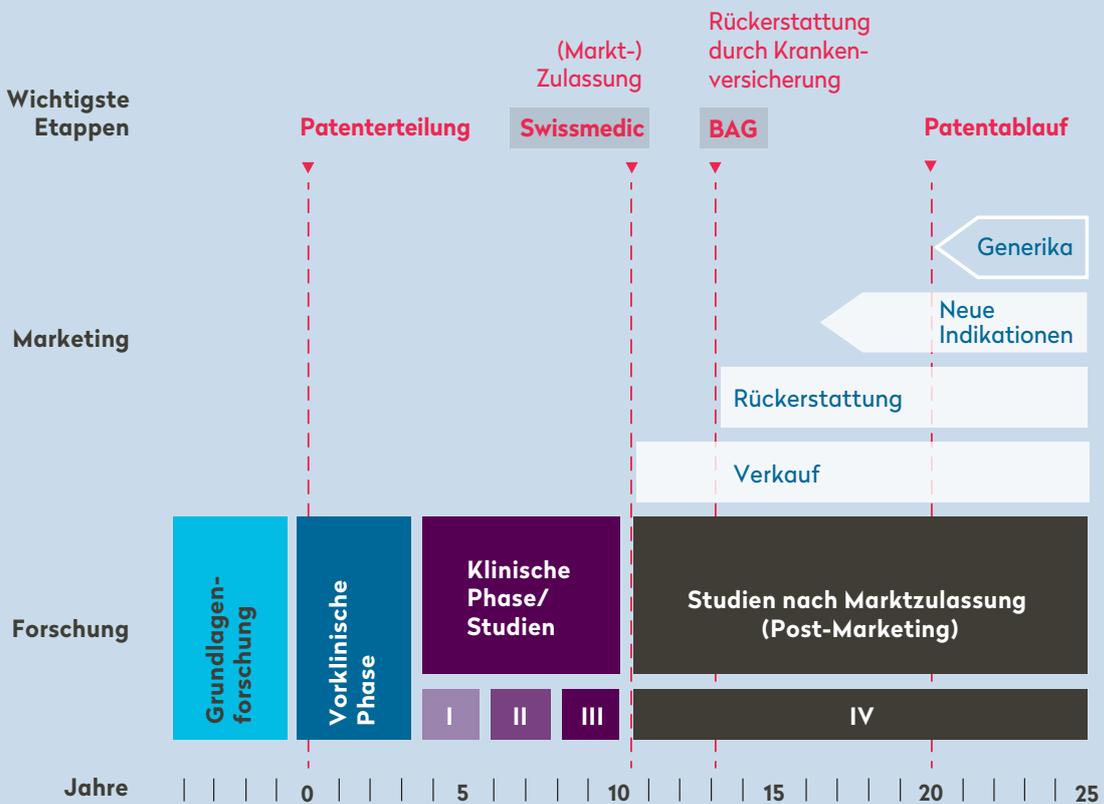
## Vom Patentschutz bis zur Rückvergütung durch die Krankenversicherung

Diese Grafik zeigt die unterschiedlichen Stationen in der Entwicklung eines Medikaments – von der Grundlagenforschung und dem Patentantrag bis zum Zeitpunkt, an dem Generika auf den Markt kommen.

Der Patentantrag für 20 Jahre wird in der Regel bereits vor Beginn der vorklinischen Studien gestellt, um die weiteren Kosten durch eine Monopolstellung abzusichern. Patentanträge müssen in jedem Land einzeln und/oder in der Europäischen Union gestellt werden. In der Schweiz werden Medikamente von Swissmedic zugelassen und diese können ab diesem Zeitpunkt vermarktet werden. Je nach Verhandlungs-

resultat zwischen Pharmakonzernen und Bundesamt für Gesundheit (BAG) kommt das Medikament dann auf die Spezialitätenliste (SL) (siehe Box Seite 23). Ab dann wird es durch die obligatorische Krankenkasse (u.U. mit Einschränkungen) rückvergütet. Die Zeitspanne, während der ein Medikament nach der Marktzulassung bzw. der Aufnahme in die SL vom Patentschutz profitiert, ist abhängig davon, wie lange die Entwicklung des Medikaments gedauert hat. Oft gelingt es Pharmakonzernen, zusätzliche Patente zu beantragen, sodass sie nicht nur einen Teil der dafür üblichen 20 Jahre, sondern zusätzliche Jahre von einer Monopolstellung profitieren.

### DIE ENTWICKLUNG EINES MEDIKAMENTS IM ZEITBLAUF



desamt für Gesundheit (BAG) und den Pharmakonzernen. Die zentrale Frage ist: Wie gerechtfertigt sind die hohen Medikamentenpreise, und was verdienen die Pharmakonzerne daran? Und was können wir tun, um diese Informationsasymmetrie zwischen dem Staat und der Industrie zu ändern? Dafür braucht es Kenntnisse über die privaten Investitionen für Forschung und Entwicklung (F&E). Aufgrund fehlender Regulierungen werden die Pharmakonzerne jedoch nicht gezwungen,

diese Kosten transparent auszuweisen, und sie können deshalb nicht für eine nachhaltige Preisfestsetzung berücksichtigt werden.

#### Wie kommen die hohen Medikamentenpreise zustande?

Pharmakonzerne können hohe Preise festlegen, weil es patentbasierte Monopole gibt und dies den Konzernen eine enorme Preissetzungsmacht gibt. Nach der Zulas-

sung eines Medikaments verhandelt das BAG mit dem Pharmakonzern über den Preis, zu dem das Medikament auf die Spezialitätenliste aufgenommen wird. Diese Liste führt all jene Medikamente, die von der obligatorischen Grundversicherung rückvergütet werden.

### Die Blackbox der Forschungs- und Entwicklungskosten

Die Pharmaindustrie argumentiert, dass die Monopolmacht und die daraus resultierenden hohen Preise die risikoreiche F&E von Medikamenten absichern müsse. Gleichzeitig verweigert sie aber jegliche Transparenz, indem Phantasiezahlen publiziert werden, die nicht überprüft werden können. Diese Investitionen zu schätzen ist für Wissenschaftler\*innen und NGO-Fachorganisationen eine Herausforderung, und sowohl Datensätze als auch Methode werden intensiv debattiert. Dabei steht für die Industrie und ihre Lobby die Legitimität eines Geschäftsmodells auf dem Spiel, das ihnen seit Jahrzehnten schon Umsätze und Profitmargen beschert, die jene anderer Branchen um ein Vielfaches übersteigen.

Public Eye hat eine Schätzung der F&E-Kosten für sechs Krebsbehandlungen von Novartis, Roche, Johnson & Johnson, Bristol Myers Squibb und MSD Merck Sharp & Dohme vorgenommen und die Profitmargen für die einzelnen Medikamente in der Schweiz berechnet. Krebs ist mit fast zehn Millionen Todesfällen im Jahr 2020, davon 70 % in einkommensärmeren Ländern, eine Haupttodesursache weltweit. Krebsmedikamente sind ein äusserst lukratives Geschäft für Pharmakonzerne: Sie werden nicht nur teuer verkauft, sondern müssen oft auch über längere Zeit oder wiederholt eingenommen werden.

Die fünf ausgewählten Pharmakonzerne sind führend im globalen Markt für Krebsbehandlungen und verdienten damit im Jahr 2020 von 12,36 bis 28,14 Milliarden US-Dollar. Die untersuchten Behandlungen Kisqali (Ribociclib) und Kymriah (Tisagenlecleucel) von Novartis, Tecentriq (Atezolizumab) von Roche, Darzalex (Daratumumab) von Johnson & Johnson, Revlimid (Lenalidomid) von Bristol Myers Squibb und Keytruda (Pembrolizumab) von MSD Merck Sharp & Dohme gehören für ihre Hersteller und weltweit zu den umsatzstärksten Medikamenten. Alle diese Behandlungen kosten in der Schweiz zwischen 2000 und 6500 Franken pro Einheit und damit für eine Jahresbehandlung, oft als Kombinationstherapie mit anderen teuren patentierten Medikamenten, zwischen 43 000 und 370 000 Franken.

In der Schweiz verursachen Krebsmedikamente einen Drittel aller Medikamentenkosten für die obligatorische Krankenversicherung. Die Tendenz ist steigend, und Krebsbehandlungen verzeichneten 2020 eine Kostensteigerung von 10,5 % gegenüber dem Vorjahr. Zwei der ausgewählten

Fortsetzung auf Seite 27 →

## Die Preisfestsetzung in der Schweiz

In der Schweiz erstattet die obligatorische Krankenpflegeversicherung nur Medikamente, die in der Spezialitätenliste (SL) eingetragen sind und für zugelassene Indikationen verschrieben werden. Diese wird vom BAG erstellt und fortlaufend ergänzt.

Um in die SL aufgenommen zu werden, muss ein Arzneimittel von Swissmedic, der Schweizerischen Zulassungs- und Aufsichtsbehörde für Arzneimittel und Medizinprodukte, zugelassen sein und die gesetzlichen Kriterien Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit (WZW-Bewertung) erfüllen. Diese Bedingungen müssen vom BAG für die Erstattung analysiert und alle drei Jahre überprüft werden. Der Antrag auf Aufnahme eines Medikaments in die SL wird vom Unternehmen beim BAG eingereicht, wobei für jede Änderung in der Formulierung eines Medikaments oder seines Preises ein neuer Antrag gestellt werden muss.

In der Regel entscheidet das BAG über die Zulassung nach Anhörung der Eidgenössischen Arzneimittelkommission (EAK), in der verschiedene Interessengruppen vertreten sind: Industrie, Versicherer, Patient\*innen, Ärzt\*innen, Spitäler, Apotheker\*innen, Bundes- und Kantonsbehörden. Die EAK prüft, ob das Medikament die oben genannten Kriterien erfüllt. Anschliessend formuliert sie eine Empfehlung zuhanden des BAG, das diese Kriterien, besonders die Wirtschaftlichkeit, ebenfalls beurteilt und den definitiven Entscheid über den öffentlichen Höchstpreis fällt. Grundsätzlich muss das BAG dafür unter anderem zwei Bewertungen vornehmen:

- einen geografischen Vergleich mit den Preisen des Medikaments in neun Referenzländern;
- einen therapeutischen Vergleich mit anderen Präparaten, die zur Behandlung der gleichen Krankheit eingesetzt werden.

Die Aufnahme in die SL ist somit eine notwendige Voraussetzung für die Rückerstattung durch die obligatorische Krankenversicherung, sofern alle in der sogenannten Limitatio festgelegten Bedingungen erfüllt sind, und hat daher erhebliche Auswirkungen auf dessen Zugang in der Schweiz. Die Erstattung von Arzneimitteln, die nicht in den SL enthalten sind, wird in einem separaten Rechtsrahmen geregelt und ist die alleinige Entscheidung der einzelnen Krankenversicherer.

## DIE VON PUBLIC EYE AUSGEWÄHLTEN BEHANDLUNGEN



## KISQALI (RIBOCICLIB)

Indikationen	Brustkrebs (HER2-)
Typ	Synthetisches Molekül
Publikumspreis pro Einheit (63 Tabl. 200 mg)	3 079.15 CHF
Produktionskosten	189.76 CHF
Rabatte	Geheim (Preismodell)
Jahresbehandlung Monotherapie	37 000 CHF
Kombinationstherapie	43 000 CHF
Globaler Umsatz seit 1. Zulassung (2017)	2,2 Milliarden CHF
Umsatz Schweiz seit Aufnahme in Spezialitätenliste (06/2019)	8 Millionen CHF

Kisqali ist ein Medikament (synthetisches Molekül) gegen Brustkrebs, der mit 30 % häufigsten Krebsart bei Frauen. Das gilt auch in der Schweiz, wo 18 % der an Krebs sterbenden Frauen dieser Art zum Opfer fallen. Kisqali ist seit 2019 auf der Spezialitätenliste und wird bei fortgeschrittenem oder metastasierendem HER2-negativem Brustkrebs eingesetzt. Für eine Patientin kostet das Medikament jährlich bis zu 43 000 Franken als Kombinationstherapie. Seit seiner Zulassung in den USA 2017 hat Kisqali für Novartis weltweit einen Umsatz von 2,2 Milliarden Franken generiert. Seit der Aufnahme in die Spezialitätenliste hat das Medikament für die Schweizer Krankenkassen Kosten von 7,9 Millionen Franken verursacht.



## TECENTRIQ (ATEZOLIZUMAB)

Indikationen	Lungen- und andere Krebsarten
Typ	Monoklonale Antikörper
Publikumspreis pro Einheit (Infusionskonzentrat 1200 mg / 20 ml)	4 941.85 CHF
Produktionskosten	109.20 CHF
Rabatte	Geheim (Preismodell)
Jahresbehandlung Monotherapie	85 000 CHF
Kombinationstherapie	102 000 CHF
Globaler Umsatz seit 1. Zulassung (2016)	6,7 Milliarden CHF
Umsatz Schweiz seit Aufnahme in Spezialitätenliste (07/2017)	50 Millionen CHF

Tecentriq ist ein biologisches Medikament gegen Lungen- und Leberkrebs, bestimmte Arten von Haut- und Brustkrebs sowie Krebs des Nierenbeckens, der Harnwege und der Blase. Lungenkrebs war 2020 die zweithäufigste Krebsart nach Brustkrebs und die weitaus tödlichste. Auch in der Schweiz betreffen etwa 11% aller onkologischen Befunde Lungenkrebs. Über 20% der Männer, die an den Folgen von Krebs sterben, sterben an Lungenkrebs. Die WHO sieht einen klaren Nutzen von Tecentriq (Atezolizumab). Sie empfiehlt die Aufnahme des Medikaments in die Modellliste von unentbehrlichen Arzneimitteln aber nicht, da es viel zu teuer ist und weil es aufwendige diagnostische Tests braucht, um jene Patient\*innen zu identifizieren, die von der Behandlung profitieren könnten. Für Roche war Tecentriq 2021 die am zweitmeist verkaufte Behandlung in seiner Onkologie-Sparte. Diese kostet pro Jahr und Patient\*in bis zu 102 000 Franken als Kombinationstherapie. Seit der Zulassung in den USA 2016 hat Tecentriq dem Konzern weltweit 6,7 Milliarden Franken eingebracht. Seit der Aufnahme in die Spezialitätenliste 2017 hat die Behandlung die öffentlichen Krankenkassen 50,1 Millionen Franken gekostet.



**DARZALEX (DARATUMUMAB)**

Indikationen	Knochenmarkkrebs (Myelom)
Typ	Monoklonale Antikörper
Publikumspreis pro Einheit (Infusionskonzentrat 400 mg / 20 ml)	<b>2 052.95 CHF</b>
Produktionskosten	<b>36.40 CHF</b>
Rabatte	<b>Geheim (Preismodell)</b>
Jahresbehandlung Monotherapie	<b>138 000 CHF</b>
Kombinationstherapie	<b>223 000 CHF</b>
Globaler Umsatz seit 1. Zulassung (2015)	<b>15,5 Milliarden CHF</b>
Umsatz Schweiz seit Aufnahme in Spezialitätenliste (06/2017)	<b>84 Millionen CHF</b>

Darzalex ist eine biologische Behandlung gegen Knochenmarkkrebs (Blutkrebs). Da es für eine seltene Art von Leukämie eingesetzt wird, erhielt das Arzneimittel von der amerikanischen Arzneimittelagentur (Food and Drug Administration, FDA) sowie der Europäischen Zulassungsbehörde (European Medicines Agency, EMA) den Orphan-Drug-Status. Damit bekommt die Zulassungsinhaberin in den USA Steuererleichterungen für klinische Versuche, die Ausnahme von Gebühren und eine Marktexklusivität von sieben Jahren nach Zulassung. In der EU sind es gar zehn Jahre. Auch in der Schweiz hat die Behandlung den Orphan-Drug-Status erhalten und damit eine erleichterte Zulassung sowie eine Marktexklusivität von 15 Jahren. Die WHO betont allerdings auch hier, dass das Medikament viel zu teuer ist für einen kleinen zusätzlichen klinischen Nutzen im Vergleich mit bereits existierenden Behandlungen. Wenn Darzalex zusammen mit Revlimid (siehe rechts) verabreicht wird, kostet eine Behandlung pro Jahr und Patient\*in bis zu 223 000 Franken. Johnson & Johnson hat das Medikament seit seiner Zulassung in den USA 2015 satte 15,5 Milliarden Franken eingebracht, und in der Schweiz hat die Behandlung seit der Aufnahme in die Spezialitätenliste im Jahr 2017 die Krankenkassen 83,8 Millionen Franken gekostet.



**REVLIMID (LENALIDOMIDE)**

Indikationen	Blutkrebs (Myelom, Lymphom)
Typ	Synthetisches Molekül
Publikumspreis pro Einheit (21 Tabl. 25 mg)	<b>6 544.90 CHF</b>
Produktionskosten	<b>4.20 CHF</b>
Rabatte	<b>Geheim (Preismodell)</b>
Jahresbehandlung Monotherapie	<b>79 000 CHF</b>
Kombinationstherapie	<b>95 000 CHF</b>
Globaler Umsatz seit 1. Zulassung (2005)	<b>81,5 Milliarden CHF</b>
Umsatz Schweiz seit Aufnahme in Spezialitätenliste (07/2008)	<b>600 Millionen CHF</b>

Revlimid ist ebenfalls eine Behandlung gegen Blutkrebs. Die zugelassenen Behandlungen für Multiples Myelom und Non-Hodgkin-Lymphom betreffen weltweit und in der Schweiz etwa 6% der neuen Krebserkrankungen. Auch Revlimid hat den Orphan-Drug-Status erhalten. Dieses Medikament wurde von Celgene entwickelt, einer Firma, die 2019 von Bristol Myers Squibb gekauft wurde. Seit der ersten Zulassung in den USA 2005 hat das Medikament weltweit Umsätze von 81,5 Milliarden Franken eingespielt. In der Schweiz hat das Produkt seit der Aufnahme auf die Spezialitätenliste 2008 Kosten von mindestens 598,7 Millionen Franken verursacht. Revlimid ist ein globaler Blockbuster und Celgene wird kritisiert, weil die Firma dessen Preis mehrere Male anhob, obwohl Revlimid ein Follow-on von einem alten Molekül ist. Pro Patient\*in kostet das Präparat aktuell jährlich bis zu 95 000 Franken als Kombinationstherapie.


**KEYTRUDA (PEMBROLIZUMAB)**

<i>Indikationen</i>	<b>Viele verschiedene Krebsarten</b>
<i>Typ</i>	<b>Monoklonale Antikörper</b>
<i>Publikumspreis pro Einheit (Infusionskonzentrat 100 mg/4ml)</i>	<b>4 893.95 CHF</b>
<i>Produktionskosten</i>	<b>18.20 CHF</b>
<i>Rabatte</i>	<b>Geheim (Preismodell)</b>
<i>Jahresbehandlung Monotherapie</i>	<b>83 000 CHF (keine Kombinations-therapie)</b>
<i>Globaler Umsatz seit 1. Zulassung (2014)</i>	<b>50,6 Milliarden CHF</b>
<i>Umsatz Schweiz seit Aufnahme in Spezialitätenliste (10/2015)</i>	<b>297 Millionen CHF</b>

Keytruda war 2021 das meistverkaufte Krebsmedikament weltweit, auch weil es für viele Krebserkrankungen zugelassen ist, darunter Haut-, Lungen-, Blut-, Brust-, Darm- und Gebärmutterhalskrebs. Damit ist diese Behandlung auch für eine grosse Anzahl Patient\*innen essenziell und wurde 2019 von der WHO in die Modellliste von unentbehrlichen Arzneimitteln (EML) für die Behandlung von Hautkrebs aufgenommen. Für die Behandlung von Lungenkrebs hat das WHO-Komitee Keytruda 2021 aber nicht in die EML aufgenommen; auch hier aus Gründen der hohen Kosten und aufwendigen diagnostischen Tests. Die WHO erklärt, dass gerade weil viele Patient\*innen von dieser Behandlung profitieren würden, es für Gesundheitssysteme untragbar sei und es deshalb nicht als essenzielles Medikament empfohlen werde. Eine solche Einschätzung zeigt, wie grotesk die Situation hochpreisiger Krebsbehandlungen und deren Kosten für Gesundheitssysteme ist. Das pro Jahr bis zu 83 000 Franken teure Medikament hat seit der Zulassung in den USA 2014 weltweit 50,6 Milliarden Franken eingespielt und in der Schweiz seit dessen Aufnahme in die Spezialitätenliste 2015 Kosten von 296,6 Millionen Franken verursacht.


**KYMRIAH (TISAGENLECLEUCEL)**

<i>Indikationen</i>	<b>Leukämie, Lymphom</b>
<i>Typ</i>	<b>Zelltherapie</b>
<i>Publikumspreis</i>	<b>370 000 CHF</b>
<i>Produktionskosten</i>	<b>20 000 bis 60 000 CHF</b>
<i>Rabatte</i>	<b>Geheim (Preismodell)</b>
<i>Jahresbehandlung Monotherapie</i>	<b>einmalige Therapie</b>
<i>Globaler Umsatz seit 1. Zulassung (2017)</i>	<b>1,3 Milliarden CHF</b>
<i>Umsatz Schweiz seit Zulassung (2018)</i>	<b>Unbekannt</b>

Kymriah ist eine sogenannte CAR-T-Zelltherapie. Es ist kein Medikament, sondern eine medizinische Dienstleistung, deren Entwicklung massiv auf Forschung und Finanzierung durch öffentliche Institutionen beruht. Diese personalisierte Therapie von Novartis ist für schwer behandelbare und/oder zurückkehrende Blutkrebsformen (bestimmte Leukämien und Lymphome) seit Oktober 2018 von Swissmedic zugelassen. Der erkrankten Person werden T-Lymphozyten (ein Typ der weissen Blutkörperchen) entnommen; sie werden genetisch so verändert, dass sie Krebszellen erkennen und attackieren können, und dann derselben Person zurück injiziert. Laut Fachleuten könnten in der Schweiz jährlich etwa 100 Personen von Kymriah profitieren. Solche Umprogrammierungen dürften künftig aber auch bei anderen Krebsarten wichtig werden, und die Fallzahlen entsprechend rasant ansteigen. Pro Behandlung kostet Kymriah 370 000 Franken. Die CAR-T-Therapien sind den ärztlichen Leistungen zugeordnet. Entsprechend werden sie nicht auf die Spezialitätenliste aufgenommen, sondern in der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) geregelt. Sie werden deshalb nicht automatisch durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung rückerstattet, und die Kosten müssen mit jeder einzelnen Krankenkasse vorab ausgehandelt und von dieser bewilligt werden. Dies gilt zunächst während einer Evaluationsphase befristet bis Ende 2022. Seit seiner Zulassung in den USA 2017 hat Kymriah einen globalen Umsatz von ca. 1,3 Milliarden Franken generiert. Da die Behandlung nicht auf der Spezialitätenliste steht, gibt es keine Angaben über die Verkäufe in der Schweiz.

Behandlungen gehören zu den teuersten Produkten für die öffentliche Gesundheit in der Schweiz überhaupt: Keytruda (3) und Revlimid (6).

#### F&E-Kosten lassen sich gut schätzen

Mit dem Ziel, die Gewinnmargen für diese einzelnen Produkte zu berechnen, hat Public Eye in einem ersten Schritt die F&E-Kosten geschätzt. Ein Standardargument der Pharmakonzerne und ihrer Lobbyverbände lautet, dass sich F&E-Kosten nicht genau eruierten lassen. Tatsächlich können jedoch die klinischen Versuche, die den grössten Kostenblock innerhalb der F&E-Aufwendungen darstellen, sehr genau spezifischen Medikamenten zugeordnet werden. Dafür wurden die gesamten klinischen Versuche, bei denen der Pharmakonzern Hauptsponsor war, für alle zugelassenen Indikationen in internationalen Datenbanken gesucht.

Viele Medikamente werden von Pharmakonzerne zuerst für eine Indikation (zum Beispiel eine bestimmte Art von Lungenkrebs) zugelassen, dann aber noch für weitere Indikationen getestet. Die Zulassung zum Beispiel für andere Formen von Lungenkrebs oder andere Arten von Krebs, die mit dem gleichen Wirkungsmechanismus des Medikaments bekämpft werden können, wird dann in den folgenden Jahren beantragt.

Die Anzahl der Versuche hat Public Eye mit Angaben aus existierenden Publikationen über durchschnittliche Kosten pro klinischen Versuch und Phase multipliziert. Da die klinischen Versuche zwar den grössten Anteil, aber nicht die gesamten Kosten für F&E ausmachen, wurde die so eruierte Zahl um in der Lite-

ratur geschätzte 30% erhöht. Diese zusätzlichen Kosten fallen in der Entdeckungsphase, für vorklinische Studien und für Gebühren für die Marktzulassung an.

Die so geschätzten Kosten sind also die getätigten Investitionen der Industrie. Mit zwei Argumenten versucht die Pharmaindustrie, diese Schätzungen künstlich um über das Doppelte zu erhöhen und die hohen Margen auf einzelne Produkte zu rechtfertigen.

Der erste Faktor sind die sogenannten Opportunitätskosten. Gemeint ist damit eine Kompensation für entgangene Einnahmen jener Rendite, die an der Börse hätte erwirtschaftet werden können, wäre das ins F&E-Projekt geflossene Kapital stattdessen dort investiert worden. Opportunitäts- bzw. Kapitalkosten für F&E-Schätzungen zu verwenden, ist höchst umstritten. So macht es aus Konzernperspektive Sinn, die Opportunitätskosten eines neuen Projektes zu evaluieren. Das Argument, dass diese Kosten für keineswegs risikofreie Investitionen an der Börse von der Öffentlichkeit getragen werden müssen, ist aber absurd. Dies insbesondere, da nicht nur enorme öffentliche Subventionen in die F&E von Medikamenten fliessen, sondern da Pharmakonzerne auch die eigenen Investitionen dafür von den Steuern abziehen können.

Der zweite Faktor, der von der Industrie immer wieder angeführt wird, ist, dass ihre hohen Margen auf einzelnen Produkten das Risiko in der Entwicklung von Behandlungen kompensieren müssen. Damit sind all jene Produkte gemeint, in deren Entwicklung investiert wird, die es aber nicht bis zur Marktzulassung schaffen und damit keinen Umsatz generieren. Auch dieser Fak-



Mit einem Anteil von 30% ist Brustkrebs die häufigste Krebsart bei Frauen: Mammografie zur Früherkennung der Krankheit.

tor ist höchst umstritten. Viele Wirkstoffe durchlaufen nicht die aufwendigen und teuren klinischen Versuche, sondern werden in Hochgeschwindigkeitsscreenings aussortiert. Nur ein kleiner Prozentsatz wird weiterentwickelt und getestet. Zudem können viele Wirkstoffe, die als «Misserfolg» deklariert werden, eher als «zurückgezogen» beschrieben werden. Behandlungen werden nämlich auch aus kommerziellen Gründen nicht weiterentwickelt, währenddessen andere Wirkstoffe trotz grossen Risiken weiter getestet und zugelassen werden. Schliesslich können grosse Pharmakonzerne das Risiko für Misserfolge auf verschiedene Projekte verteilen. Trotz dieser Vorbehalte hat sich Public Eye entschieden, eine Schätzung mit Erfolgswahrscheinlichkeiten zu machen, um das systemische Risiko im Pharmasektor miteinzubeziehen und um zu zeigen, dass selbst mit Rücksicht auf diese Schutzbehauptung noch riesige Gewinnmargen erzielt werden.

Um von den so geschätzten Kosten für F&E auf die Gewinnmargen in der Schweiz zu kommen, wurden die Kosten für F&E entsprechend dem Anteil der Verkäufe in der Schweiz (Kosten für die Krankenversicherungen aus den Hochrechnungen von Helsana für die gesamte Schweiz) am globalen Umsatz mit einem Medikament (öffentliche Jahresberichte der Konzerne) für die Schweiz runtergebrochen. Diese Methodologie wurde bereits 2019 in einer datenjournalistischen Recherche des Westschweizer Fernsehens RTS für die Sendung «Mise au point» angewandt. Diese Kosten wurden zusammen mit den Distributionskosten und den geschätzten Produktionskosten vom Verkaufspreis der Behandlung in der Schweiz abgezogen. Marketingkosten wurden nicht berücksichtigt, denn bei den ausgewählten Krebsbehandlungen handelt es sich um lebensrettende Medikamente, die keine grosse Auswahl zwischen verschiedenen Produkten zulassen und deshalb auch nicht der werbegetriebenen Marktlogik unterliegen.

### **Profitmargen von 40 bis 90 %**

Wenn man also die geschätzten F&E-Kosten für alle zugelassenen Indikationen sowie die Distributions- und Produktionskosten vom Verkaufspreis abzieht, erhält man die Gewinnmarge: Pro verkauftes Medikament liegt sie in der Schweiz im Jahr 2022 bei 40 bis 90 %. Dies mit einer steigenden Tendenz für insbesondere diejenigen Behandlungen, die noch nicht lange auf dem Markt sind und zurzeit am unteren Ende der Profitskala liegen, aber noch viele Jahre von einer Monopolstellung profitieren und die investierten Kosten amortisieren werden. Es ist eine für die Industrie grosszügige Schätzung der F&E-Kosten: Sie wurde um die Kosten für Misserfolge und zusätzliche Kosten erhöht, und mit öffentlichen Subventionen und zahlreiche Steuererleichterungen dürften die tatsächlichen Profite noch höher sein.

Vor dem Hintergrund früherer wissenschaftlicher Schätzungen sind die vorliegenden Resultate eine fundierte und replizierbare Annäherung daran, was einzelne grosse Pharmaunternehmen im laufenden Jahr 2022 mit Krebsmedikamenten in der Schweiz verdienen. Public Eye präsentiert eine Schätzung der globalen F&E-Kosten einzelner Krebsbehandlungen für alle zugelassenen Indikationen sowie der F&E-Kosten und Profitmargen pro verkaufte Einheit in der Schweiz. Im Gegensatz dazu haben frühere Studien die durchschnittlichen Kosten für die Entwicklung eines neuen Medikaments geschätzt, weshalb die F&E-Kosten nicht direkt verglichen werden können.

Eine weitere zentrale Erkenntnis der Recherche von Public Eye sind die enormen Ressourcen, die aufgrund fehlender Transparenzregulierungen von Regierungen und unüberprüfbar Angaben der Industrie selbst investiert werden müssen. Nicht nur zeigt sich ein stark umkämpftes Feld zwischen pharmanahen Instituten und unabhängigen Wissenschaftler\*innen, sondern es werden auch die Anstrengungen sichtbar, die Akademiker\*innen und Fachorganisationen leisten müssen, um fundierte und nachvollziehbare Schätzungen vorzunehmen. Viele dieser Anstrengungen an Universitäten und von Non-Profit-Organisationen werden durch öffentliche Gelder und freiwillige Spenden finanziert.

### **Aktuelles System infrage gestellt**

Solche Margen stellen das aktuelle System infrage. So sollte die Monopol- und Preissetzungsmacht die risikoreiche F&E von Medikamenten absichern. Die Profitmargen auf den Krebsbehandlungen, bei denen die risikoreiche F&E bereits eingerechnet wurde, zeigen jedoch, dass Pharmakonzerne mit hohen Preisen nicht ihre F&E absichern, sondern übermässige Profite abschöpfen. Mit Angstmacherei argumentieren die Industrie und ihre Lobby, dass Versorgungslücken drohen, da beispielsweise die Antibiotikaentwicklung weit weniger rentabel sei als die Behandlungen für Krebs.

Die generell im Vergleich zu anderen Sektoren fast doppelt so hohen Gewinne der Pharmakonzerne von über 20 % und fehlende Investitionen in Bereichen wie Antibiotika zeigen jedoch, dass trotz verfügbaren Ressourcen die Priorität der Industrie nicht die Patient\*innen, sondern ihre Aktionär\*innen sind. Fundamental problematisch an diesem Modell ist, dass mit dem Leben von Menschen und ihrem Grundrecht auf Gesundheit gespielt wird. Heute haben über zwei Milliarden Menschen vor allem in einkommensschwächeren Ländern keinen Zugang zu essenziellen Medikamenten aufgrund dieser hohen Preise. In der Schweiz tragen die hohen Preise von Krebsmedikamenten massgeblich zur Explosion der Gesundheitskosten bei. Es stellt sich die Frage, wie profitorientier-

Fortsetzung auf Seite 31 →



© Sarah Carp

### DARSTELLUNG DER BERECHNUNG UND SCHÄTZUNG DER GEWINNMARGE FÜR DIE SCHWEIZ

#### Geschätzte risikoadjustierte F&E-Kosten

$$\begin{matrix} \text{Anzahl klinische Versuche} \times \\ \text{Ø Kosten pro Versuch (Phase I-III)} \end{matrix} + \begin{matrix} \text{Kompensation für} \\ \text{Misserfolge} \end{matrix} + \begin{matrix} 30\% \text{ geschätzte} \\ \text{zusätzliche Kosten} \end{matrix} = \begin{matrix} \text{geschätzte risiko-} \\ \text{adjustierte F \& E-Kosten} \end{matrix}$$

#### F&E-Kosten für die Schweiz

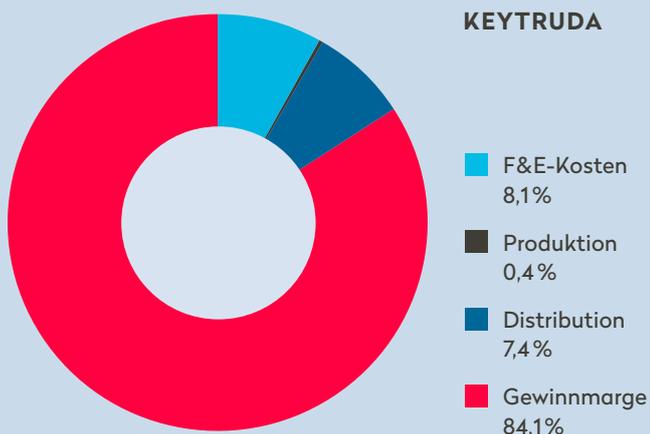
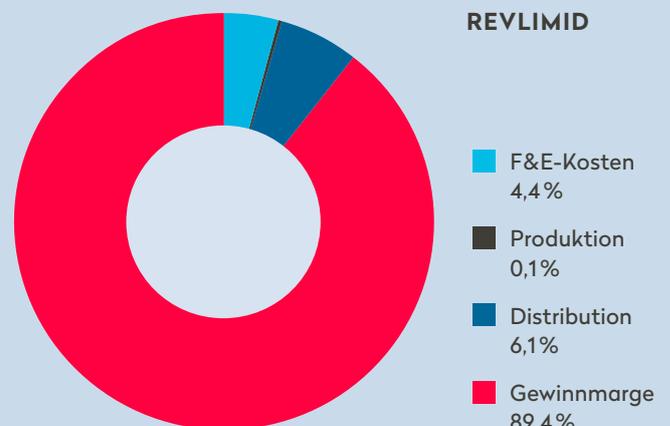
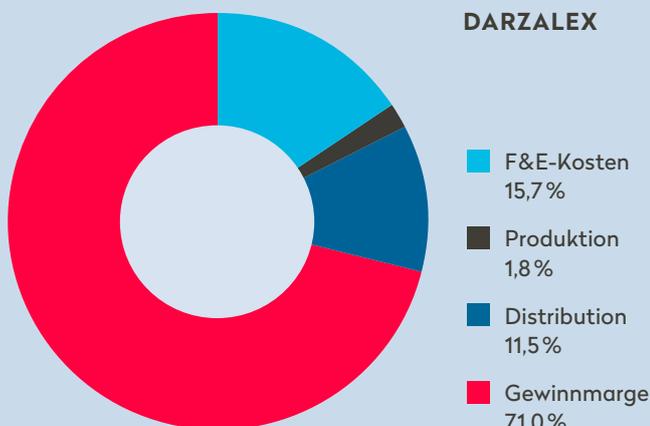
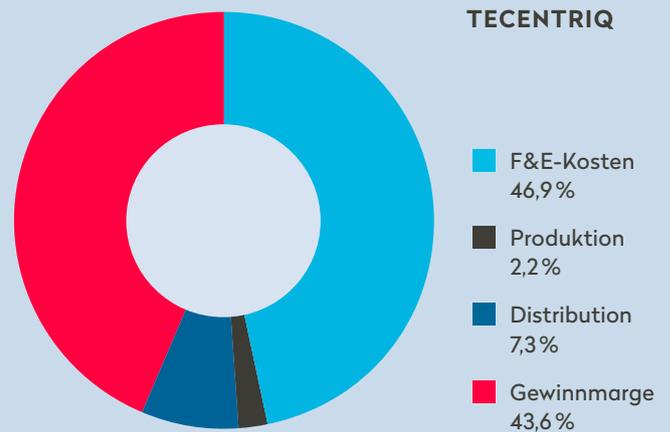
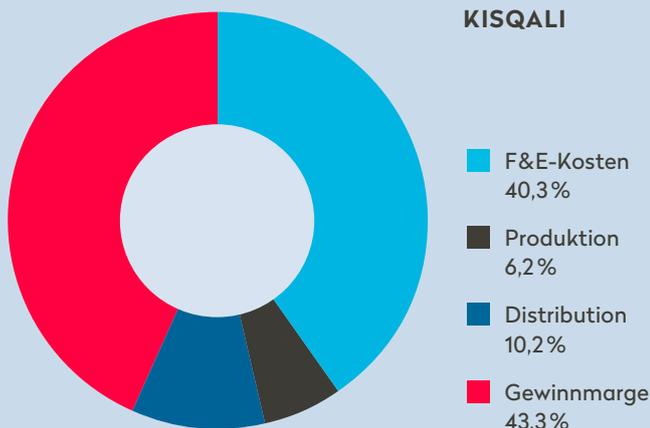
$$\begin{matrix} \text{geschätzte risikoadjustierte} \\ \text{F \& E-Kosten} \end{matrix} \div \begin{matrix} \text{Globale Umsätze} \end{matrix} \times \begin{matrix} \text{Verkäufe in} \\ \text{der Schweiz} \end{matrix} = \begin{matrix} \text{F \& E-Kosten} \\ \text{für die Schweiz} \end{matrix}$$

#### Gewinn in der Schweiz pro Einheit

$$\begin{matrix} \text{Preis} \end{matrix} - \begin{matrix} \text{F \& E-Kosten pro in der} \\ \text{Schweiz verkaufter Einheit} \end{matrix} - \begin{matrix} \text{Produktionskosten} \end{matrix} - \begin{matrix} \text{Distributionskosten} \end{matrix} = \begin{matrix} \text{Gewinn in der} \\ \text{Schweiz pro Einheit} \end{matrix}$$

## ZUSAMMENSETZUNG DES VERKAUFSPREISES DER UNTERSUCHTEN KREBSMEDIKAMENTE IN DER SCHWEIZ

Die Kreisdiagramme zeigen die Anteile der F&E-Kosten, der Produktionskosten, der Distributionskosten und des Gewinns am Verkaufspreis (mit Erfolgswahrscheinlichkeiten) in der Schweiz. Für Kymriah ist keine solche Darstellung möglich, da keine Angaben zu den Verkäufen in der Schweiz zur Verfügung stehen.



te Konzerne ihre Preise setzen. Es gibt zahlreiche Belege dafür, dass Unternehmen ihre tatsächlichen F&E-Ausgaben bei der Preisgestaltung schlicht ignorieren, aber diese gegenüber Behörden und Öffentlichkeit im Bedarfsfall als unüberprüfbar Vorwand für übertriebene Preisforderungen einsetzen. Pharmaunternehmen verlangen, was sie vom Markt abschöpfen können.

### **Staat steht in der Verantwortung**

Die Privatisierung von Dienstleistungen befreit den Staat jedoch nicht davon, dass er die primäre Verantwortung hat, Menschenrechte zu schützen und zu gewährleisten. Es ist daher seine Aufgabe, eine wirksame Aufsicht über die privatisierte Medikamentenversorgung sicherzustellen und damit die Kontrolle über die Aktivitäten der Pharmakonzerne zu behalten, um das Menschenrecht auf Gesundheit für alle zu garantieren und eine schlüssige menschenrechtsbasierte Politik zu betreiben. Auch wenn Privatkonzerne ihre Preise nicht nach ihren F&E-Kosten setzen mögen, ist es aus Sicht des Staates unerlässlich, diese zu kennen. Denn nur in Kenntnis der tatsächlichen F&E-Kosten können Staaten ihre Verhandlungsposition stärken und nachhaltige Medikamentenpreise aushandeln. Und wie diese Recherche zeigt, ist es selbst in der heutigen intransparenten Situation möglich, die F&E-Kosten annäherungsweise zu eruieren und einzelnen Medikamenten zuzuordnen.

Die Schaffung eines fairen Preismechanismus, der primär den Nutzen für Patient\*innen und die Gesellschaft im Fokus hat, zugleich aber auch die Investitionen und Innovationen von Unternehmen honoriert, ist eine wichtige gesundheitspolitische Aufgabe, die auch bei der Weltgesundheitsorganisation (World Health Organisation, WHO) schon lange diskutiert wird. Neben transparenten Preisen wird deshalb in der WHO-Transparenzresolution vom Mai 2019 Transparenz über die F&E-Kosten empfohlen. In Italien und Frankreich müssen Pharmakonzerne neu in ihrem Antrag für eine Kostenübernahme der Behandlungen durch den Staat die öffentlichen Subventionen sowie zusätzlich die privaten Investitionen ausweisen, wenn noch kein vergleichbares Produkt auf dem Markt ist.

### **Handlungsbedarf in der Schweiz**

In der Transparenzresolution der WHO hat sich die Schweiz zu Transparenz über die tatsächlichen Preise von Medikamenten verpflichtet, aber gegen eine Offenlegung der F&E-Kosten ausgesprochen. Doch sogar die internationale Verpflichtung zu Preistransparenz wird jetzt nicht eingehalten. Aktuell schlägt der Bundesrat Preismodelle und geheime Rabatte zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen KVG-Revision vor, die das bestehende Machtungleichgewicht weiter zugunsten der Pharmabranche verschärfen (siehe Public Eye Magazin Nr. 36).

Das Brisante daran ist: Preismodelle sind in der Schweiz auf dem Vormarsch. Waren es im Januar 2019 nur knapp 20, so gibt es heute über 100 Preismodelle für 79 Produkte, also fünfmal. Vor drei Jahren noch waren all diese Preisnachlässe in der öffentlichen SL-Datenbank zu finden. Anfang 2022 bestehen für etwa die Hälfte dieser Preismodelle Geheimrabatte. Das BAG tendiert also schon heute stark dazu, geheime Rabatte auszuhandeln, und die KVG-Revision soll eine bestehende Praxis nachträglich legalisieren. Zusätzlich sollen damit aber auch die Höhe und die Berechnungsmodalitäten dieser Rabatte aus dem Geltungsbereich des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) ausgeschlossen werden. Es wird also nicht mehr möglich sein, den Nettopreis einer Behandlung, sprich: den von der Krankenversicherung tatsächlich übernommenen Preis, zu eruieren. Preismodelle haben für Pharmakonzerne den Vorteil, dass offiziell ein hoher «Schaufensterpreis» publiziert wird. Da die Schweiz und viele andere Länder bei der Preisfestsetzung diesen Preis in anderen Ländern als Referenz benutzen, stärkt diese Praxis die Verhandlungsmacht der Pharmakonzerne zusätzlich.

### **Transparenz bezüglich der F&E-Kosten gefragt**

Das Versprechen des Bundesrates ist, dass damit Kosten gesenkt werden, da Pharmakonzerne tiefere geheime Nettopreise gewähren würden und die Dauer der Preisverhandlungen bis zur Aufnahme der Medikamente auf die Spezialitätenliste (und damit Rückvergütung durch die Krankenversicherung) reduziert würde. Studien aus Nachbarländern und der Vergleich der Dauer der Verhandlungen von Medikamenten mit und ohne Rabatten stützen dieses Versprechen jedoch nicht. Diese Massnahmen werden die besonders bei Krebsbehandlungen zu beobachtende Kostenexplosion also nicht bremsen. Im Gegenteil: Die Pharmakonzerne könnten ihre Preise und überhöhten Margen noch direkter und unkontrollierter durchsetzen. Damit die Regierung und das BAG seine Aufgabe zum Schutz und der Gewährleistung des Rechts auf Gesundheit für alle wahrnehmen und seiner Rechenschaftspflicht über die Ausgaben für Gesundheitskosten nachkommen können, braucht es Transparenz in der Preisfestsetzung und dazu gehört Transparenz bezüglich der F&E-Kosten.

Die Schweizer Politik muss dringend handeln: für faire Medikamentenpreise basierend auf tatsächlichen F&E-Investitionen und die Nachhaltigkeit des Schweizer Gesundheitssystems. ■



Lesen Sie den vollständigen Fachbericht mit allen Quellenangaben online:  
[publiceye.ch/profitmargen](https://publiceye.ch/profitmargen)



Luftaufnahme einer offenen Kohlemine im Kohlebecken Kusbass in Russland.

## Die Schweiz – Putins Kohlekraftwerk

Obwohl die Schweiz ihr letztes Kohlebergwerk vor 75 Jahren geschlossen hat, erlebt die Branche eine Renaissance. Der Finanzplatz Zug hat sich darauf spezialisiert, die grossen russischen Bergbaukonzerne willkommen zu heissen, die jährlich über 225 Millionen Tonnen Kohle auf die Waage bringen – 3,5-mal mehr als das viktorianische Grossbritannien, das auf dem Russ der industriellen Revolution aufgebaut wurde. Nach der Invasion der Ukraine und der Verhängung des Embargos für russische Kohle bis Ende August steht das helvetische «Kohledreieck», in dem 75 % der russischen Exporte gehandelt werden, zum ersten Mal im Rampenlicht. Die Schweizer Behörden, die für die Durchsetzung der Sanktionen zuständig sind, scheinen überfordert zu sein.

**ADRIÀ BUDRY CARBÓ UND AGATHE DUPARC; MITARBEIT: ROBIN MORET UND ROBERT BACHMANN**

Zug – neu also auch ein Supermarkt für russische Kohle. Ebenso wie Glencore oder Gazprom im lieblichen Innerschweizer Kanton mit ihrem Hauptsitz oder einer Handelsabteilung vertreten sind, haben dem Kreml nahestehende Industriekapitäne Anfang der 2000er-Jahre damit begonnen, ihre Holdings und andere Handelszweige in Zug zu errichten. Diese Firmen sind für den Export der in den Minen Sibiriens und des Fernen Ostens geförderten Kohle zuständig. Zug bildet mit Genf

und Lugano das helvetische Kohledreieck. Seit dem 29. August sind die Einfuhr, der Verkauf und die Erbringung von Finanzdienstleistungen, wie Brokerage (Trading), im Zusammenhang mit russischer Kohle in der Schweiz und in Europa vollständig verboten. Peinlich für Zug, das sich in aller Stille als Drehscheibe für diesen gefragten Energieträger aus Russland etabliert hat.

In einem Land, das noch immer keine Task Force zur Identifizierung russischer Gelder eingerichtet hat,

ist das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) für die Durchsetzung der Sanktionen zuständig. Das Seco verfügt jedoch nicht über eine offizielle Zählung der Anzahl russischer Handelsunternehmen mit Sitz in der Schweiz. Auf der Grundlage eines Berichts des Bundesamts für Statistik schätzt es die Zahl solcher «russisch kontrollierten» Unternehmen jedoch auf 14, wie es uns bestätigte. Unsere Recherche zeigt, dass es in Tat und Wahrheit viel mehr dieser Handelsfirmen gibt.

Laut einer Zählung von Public Eye sind in der Schweiz 245 Firmen im Handelsregister eingetragen, die mit Kohle, Koks oder festen fossilen Brennstoffen handeln, diese transportieren oder damit verbundene Finanzdienstleistungen anbieten. Eine beträchtliche Anzahl dieser Firmen befindet sich im Besitz von Oligarchen oder reichen Geschäftsleuten aus Russland. Unsere Recherchen haben ergeben, dass sich die neun grössten Kohleförderer Russlands in den letzten 20 Jahren in Zug oder im Nordosten der Schweiz niedergelassen haben. Nur einer von ihnen hat inzwischen seine Zelte abgebrochen.

Allein im Kanton Zug sind 52 Kohleunternehmen registriert, 12 davon sind direkt von russischen Staatsbürgern kontrolliert. In der ganzen Schweiz trifft dies auf 25 solcher Firmen zu. Vermutlich sind es sogar noch mehr, da das Schweizer Handelsregister keine Angaben zu den wirtschaftlich Berechtigten enthält.

Der Handel mit Kohle ist dabei besonders undurchsichtig, und es gibt kaum Angaben, woher das gehandelte Produkt stammt. Der Handel erfolgt oftmals in ausserbörslichen Geschäften, d.h. ohne Umweg über eine Börse. Das Seco ist indes verpflichtet, bei Verstössen gegen das Embargogesetz, das seit dem 27. April die Unterzeichnung neuer Verträge verbietet, strafrechtlich vorzugehen. Die Höchststrafen betragen ein Jahr Gefängnis oder 500 000 Franken Busse; in schweren Fällen sogar fünf Jahre Gefängnis oder eine Million Franken Busse. Einige Fälle können vom Seco an die Bundesanwaltschaft weitergeleitet werden. Das Seco sagt jedoch, es habe «den Eindruck, dass sowohl Händler wie Finanzintermediäre sehr auf die Umsetzung der Sanktionen bedacht sind».

Am Donnerstag, dem 28. April, vier Monate vor Beginn des vollständigen Embargos, während der Rohstoffkonzern Glencore seine Generalversammlung im Casino-Theater in Zug abhält, sind die meisten Büros der Verkäufer von russischer Kohle leer oder scheinen zumindest mit halbem Tempo zu arbeiten. Eine Ruhe, die stark mit den grossen administrativen Manövern kontrastiert, die damals liefen: Die Unternehmen setzten ihre russischen Direktoren ab, und Eigentümer, die unter Sanktionen standen, gaben ihre Firmen in neue Hände. Bis Mitte Juni 2022 hatte jedenfalls noch kein Unternehmen Konkurs angemeldet, bestätigte das kantonale Wirtschaftsdepartement, erinnerte aber gleich-

zeitig an die Schwierigkeiten, den Überblick über die Branche zu haben.

### **Die Schweiz – ein globales Schwergewicht im Kohlehandel**

Repräsentiert durch ein schlichtes Büro in einem unpersönlichen Hochhaus oder einen von unzähligen Namen auf dem Briefkasten einer Treuhandfirma, gehören diese Zuger Firmen in Wirklichkeit zu den grössten Bergbauunternehmen Russlands. Diese Unternehmen konkurrieren mit dem Riesen Glencore auf dem Kohlemarkt und handeln von Schweizer Boden aus mit fast 75 % der 212 Millionen Tonnen russischer Kohle, die exportiert werden; das ist das Resultat der Schätzungen von Public Eye, die sich auf die Daten der Unternehmen stützen. Die Schweiz, die sich auf der Klimakonferenz in Glasgow (COP26) im Herbst 2021 dazu verpflichtet hat, «die Kohle in die Geschichtsbücher zu verbannen», ist ein globales Schwergewicht im Kohlehandel.

In dem von Zug, Lugano und Genf gebildeten Kohlendreieck lassen sich drei typische Firmenprofile unterscheiden:

- Russische Förderer, die Kohle aus den Minen Sibiriens und dem Fernen Osten des Landes fördern und sie über ihre Handelsbüros, die hauptsächlich an der Baarerstrasse in Zug angesiedelt sind, vermarkten, ohne dass der gefragte Rohstoff jemals Schweizer Boden berührt.
- Reine Händler, die die Kohle auf den atlantischen und pazifischen Märkten verkaufen. Die Russen sind hier überrepräsentiert, gleichzeitig herrscht grosse Unklarheit über die wirtschaftlich Berechtigten dieser Unternehmen, die in Genf, Lugano oder Zug entstanden sind.
- Schweizer Banken, die trotz ihrer Versprechungen weiterhin den Kohlehandelsstandort Schweiz finanzieren. Die eingesetzten Summen, die in ihrer Buchhaltung zunehmend verschleiert werden, sind seit dem Pariser Abkommen von 2016 kontinuierlich gestiegen.

### **DIE PRODUZENTEN: RUSS AUS RUSSLAND**

In der zunehmend abgeschotteten Welt der Kohlehändler spielt Glencore zweifellos die Hauptrolle. Der Konzern aus dem zugerischen Baar förderte im Jahr 2021 selbst 103,3 Millionen Tonnen Kohle und vermarktete weitere 67,7 Millionen Tonnen, die er von Dritten, insbesondere von russischen Unternehmen wie KTK gekauft hatte. Ein Sprecher wollte nicht preisgeben, woher die vom Konzern gehandelte Kohle stammt oder ob er seine russischen Partner darüber informiert hat,



Offene Kohlemine Bureinsky von Suek in Russland.

dass das Unternehmen die Erfüllung der laufenden Verträge Ende August einstellen wird.

Glencore ist der grösste Kohleexporteur der Welt, abgesehen von staatlichen Unternehmen. Doch in Wirklichkeit macht ihm ein anderes Unternehmen mit Sitz in der Schweiz die Krone des Kohlekönigs streitig. Das ist die Sibirische Energie- und Kohlegesellschaft, besser bekannt unter ihrem Akronym Suek. Der grösste russische Kohleproduzent, der 2001 vom russischen Milliardär Andrei Melnitschenko (der bis mindestens vor den Sanktionen in der Schweiz wohnte) gegründet worden ist, hat bis 2021 die gewaltige Menge von 102,5 Millionen Tonnen Kohle dem Boden entrissen; dazu kommen 17 Millionen Tonnen, die Suek von Drittfirmen gekauft hat. Andrei Melnitschenko, der es ablehnt, sich als Oligarch bezeichnen zu lassen, und behauptet, dass er beim Aufbau seines Vermögens keinerlei politische Unterstützung erhalten habe, liess seine Firma im Dezember 2004 bei einem St. Galler Treuhänder domizilieren und verlegte die Holding und den Handelszweig von Suek später in ein Büro an der Baarerstrasse in Zug.

Um die Sanktionen zu umgehen, ernannte Andrei Melnitschenko am 8. März 2022, seinem fünfzigsten Geburtstag, seine Frau Aleksandra als Berechtigte (und

damit eigentliche Eigentümerin) des Trusts, der Suek besitzt. Ein Manöver, das sich als unnützlich erwies, gelangte Frau Melnitschenko doch drei Monate später selbst auf die Liste der Sanktionierten.

### **Zug, die Stadt der Kohle**

Im Schatten des Riesen Suek haben sich in Zug zur gleichen Zeit andere grosse russische Produzenten angesiedelt. Was haben sie gemeinsam? Sie werden alle von Selfmade-Geschäftsleuten gesteuert, welche die Diskretion pflegen und enge Verbindungen zum Kreml unterhalten. Unter anderem: Die russische Kolmar LLC hat sich nicht einmal darum bekümmert, ein Messing Schild an dem mit Briefkastenfirmen gefüllten Gebäude anzubringen, in dem ihre 2016 in Zug registrierte Tradingfirma KSL AG ihren Sitz hat. Kolmar ist der aufsteigende Stern am russischen Kohlefirmament. Wie das russische Investigativmedium «Agents» aufdeckte, war dessen Mehrheitsaktionär zumindest bis 2018 die Grosscousine von Wladimir Putin, die mit dem Gouverneur der Kohleregion Kemerowo verheiratet war.

Aus den von uns zusammengestellten Daten geht hervor, dass die in Zug (und Appenzell für die Firma SDS) vertretenen russischen Bergbauunternehmen im

Jahr 2021 eine Kohleproduktion von 226,2 Millionen Tonnen erreichten. Tatsächlich ist von den neun grössten Kohleproduzenten Russlands nur einer nicht mehr in der Schweiz präsent: die sibirische Kuzbassrazrezugol, die im Besitz des Bergbauriesen UGMK ist. Er war der erste Produzent, der mit seiner Appenzeller Niederlassung Krutrade AG, die von 1998 bis 2005 registriert war, auf die Schweiz gesetzt hatte.

Auf Anfrage beantwortete kein einziges dieser russischen Bergbauunternehmen eine detaillierte Liste von Fragen zu ihrer Schweizer Niederlassung, ihren Kohleexporten oder ihrer Strategie im Hinblick auf das Inkrafttreten des Embargos. Von Seiten der Zuger Behörden verlautet, man wisse von keinem Insolvenzverfahren. In einem Land, das sein letztes Kohlebergwerk 1947 geschlossen hat, symbolisiert das neue helvetische Kohledreieck auf einzigartige Weise die Macht und Widerstandsfähigkeit der schädlichsten aller fossilen Energien. Kohle ist derzeit für 40 % des globalen Anstiegs der CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich.

Der Grossteil der in Russland geförderten Kohle wird allerdings gar nicht durch die Schweiz transportiert. In Europa, dem wichtigsten Absatzmarkt, hat die Kohle zwei Eingangstore. Auf dem Seeweg (37 Millionen Tonnen pro Jahr) wird die Kohle auf grossen Massengutfrachtern transportiert, in den nordeuropäischen Häfen (Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen) entladen und auf dem Rhein nach Deutschland transportiert. Auf dem Landweg (ca. 8 Millionen Tonnen pro Jahr) wird die Kohle direkt per Bahn von Russland nach Polen befördert.

## DIE HÄNDLER: SÜCHTIG MACHEN NACH SCHWARZEN DIAMANTEN

«Ein Diamant ist ein Stück Kohle, das gut auf Druck reagiert hat.» Dieses Zitat wird Henry Kissinger zugeschrieben, dem US-Aussenminister in der Nixon-Ford-Ära (1973 bis 1977). Aus geologischer Sicht zweifelhaft, stellt diese Phrase dennoch ein gutes Narrativ dar. Die umweltschädlichste aller fossilen Energien hat auf den Märkten noch nie so sehr gegläntzt. Die Überwindung der Pandemie, der Aufschwung, der Krieg in der Ukraine, die Verteuerung des Gases: Alles scheint die Kurse aufzublähen, die sich innerhalb eines Jahres verdreifacht haben. Im Jahr 2022 werden wir so viel Kohle verbraucht haben wie noch nie in der Geschichte der Menschheit.

Trotz der schrittweisen Einführung des Embargos für russische Kohle könnte Russland weiterhin von den steigenden Preisen profitieren. Vorausgesetzt, es finden sich Käufer. Einige Bergbauunternehmen preisen nun auf ihrer Website den «Rekordpreis» für russische Kohle für ausländische Importeure angesichts des «An-

stiegs des Dollars und des Euros» an. Mit einer Jahresproduktion von 460 Millionen Tonnen würden die Vorkommen des Landes (die zweitgrössten der Welt) laut dem Bericht 2021 des Mineralölunternehmens BP eine weitere Förderung für mehr als 400 Jahre ermöglichen. Heisst es nicht, dass Diamanten für immer sind? In Russland scheint niemand je daran gezweifelt zu haben.

## Europäische Abhängigkeit

Europa ist stark von diesen russischen Bergbauunternehmen abhängig, die 68 % seines Kohlebedarfs liefern. «Die grosse Herausforderung besteht darin, 45,4 Millionen Tonnen zu ersetzen», sagt Alex Thackrah, Analyst für den europäischen Kohlemarkt bei Argus Media, der Referenzagentur, die Preisindizes für Spotmärkte erstellt. «Es ist kaum vorauszusehen, was mit den Verträgen mit russischen Unternehmen passieren wird», räumt der Experte ein. «Das wird ein Albtraum werden.» Für die Schweiz, die sich zum Knotenpunkt für russische fossile Energieträger entwickelt hat, dürfte es eine Herkulesaufgabe sein.

Auch unser Land kommt noch nicht ohne Kohle aus. 2020 importierte die Schweiz 9904 Tonnen russische Kohle, was etwa 7 % der Gesamteinfuhr von fast 139 000 Tonnen entspricht. Im Jahr zuvor hatten die Importe aus Russland mit 10,7 % einen Rekordwert erreicht. Global gesehen macht Kohle immer noch 36 % des weltweiten Energiemixes aus.

## Der Wilde Westen der Kohle

In Russland ist die Branche von einer besonderen Aura umgeben, mit knallharten Geschäftsleuten und nicht wenigen Grubenunglücken. Unter anderem gab es eine Reihe von kometenhaften Aufstiegen und plötzlichen Besitzerwechseln, die von Kontroversen, gefährlichen Verbindungen zur Macht und nie geklärten blutigen Episoden begleitet wurden.

Der jüngste aufsehenerregende Fall ist der Tod von Dmitry Bosov, einem in Zug ansässigen Mehrheitsaktionär der Sibanthracite Group, der im Mai 2020 in seiner Moskauer Villa mit einer Kugel im Kopf aufgefunden wurde, wobei eine Pistole neben ihm lag. Die offizielle Version lautet auf Selbstmord «ohne bekannte Ursache». «Diejenigen, die Dmitry Bosov kannten, glauben nicht, dass etwas den Unternehmer, der die Aluminiumkriege überlebt hat, zum Aufgeben gebracht haben könnte», heisst es in einem Artikel auf der Website des Unternehmens. Einige Wochen zuvor hatte Bosov öffentlich mit einem seiner Partner, Alexander Isaev, gebrochen und ihn der Veruntreuung von Geldern beschuldigt, wie die russische Tageszeitung «Kommersant» berichtete. Im Oktober 2021 wurde die Sibanthracite Group von Albert Avdolyan aufgekauft, dem neuen starken Mann in der russischen Kohleindus-

trie, und Bosovs ehemaliger Partner wurde wieder in den Vorstand zurückberufen.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR zu Beginn der 1990er-Jahre begann für die russische Kohleindustrie – wie auch für den Rest des Bergbaus – der Abstieg in die Hölle: Unglücke, ausstehende Löhne, katastrophale Arbeitsbedingungen und Streiks gehörten damals zum Alltag der Arbeiter. Die Branche benötigte eine drastische Verjüngungskur, da sie unter besonders hohen Gesteungskosten aufgrund der grossen Entfernungen zwischen den Minen, den Verarbeitungszentren und den Endverbrauchern litt. Mit der Unterstützung lokaler Gouverneure und Unterstützern im Kreml verbündeten sich die Direktoren der Vorkommen und Minen mit jungen Leuten mit unterschiedlichem Profil, um die appetitlichsten Stücke zu privatisieren.

### Wladimir Putin sah früh das Potenzial der Kohle

Anfang der 2000er-Jahre bildeten sich Imperien vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten Korruption und mafïöser Abrechnungen. Die am wenigsten rentablen Standorte wurden geschlossen, das Land verlegte sich auf den Export, und die Produktion konzentrierte sich nach und nach auf rund zehn Unternehmen. In dieser Zeit kaufte der spätere Milliardär Andrei Melnitschenko über die von ihm mitbegründete MDM-Bank reihenweise Beteiligungen an den wichtigsten Kohleunternehmen des Landes und fasste sie im Unternehmen SUEK zusammen. Dazu gehörte auch der Riese Krasugol (die Kohlegesellschaft von Krasnojarsk), die nach einigen Irrungen und Wirrunen und mithilfe des damaligen Gouverneurs Alexander Lebed, der zu jener Zeit als Nachfolger von Präsident Boris Jelzin gehandelt wurde, in seinen Besitz gelangte.

Wladimir Putin erkannte schnell das Potenzial der Branche, während die Kohlepreise zwischen 2007 und 2010 explodierten. Im Januar 2012 unterzeichnete er als Premierminister ein umfassendes Industrieentwicklungsprogramm im Wert von 119 Milliarden US-Dollar – davon 8,5 Milliarden aus öffentlichen Mitteln –, mit dem die Infrastruktur (vor allem der Schienen- und Schiffsverkehr) verbessert und die Kohleproduktion bis 2030 angekurbelt werden soll. Ohne Gewissensbisse unterstützt der Kreml seit 2019 aktiv grosse Kohleabbauprojekte in der Arktis.

Gleichzeitig wird Kohle zunehmend auf internationalen Märkten gehandelt und zum Objekt von Finanzprodukten. «Jahrzehntelang wurde Kohle in der Nähe ihrer Produktionsstätten abgebaut und verbraucht», erinnert sich ein Händler mit über 20 Jahren Erfahrung in der Branche. Doch nach den Ölkrisen der 1970er-Jahre wurde Kohle als Alternative weltweit gehandelt. Im Jahr 1980 wurden etwa 150 Millionen Tonnen Kraftwerkskohle gehandelt, heute sind es zehnfach so viel. Die ersten Finanzprodukte wurden um 2003 und 2004 eingeführt, als eine Vielzahl von Finanzvermittlern auftauchte.

Dieser doppelte Trend hat dazu beigetragen, die Schweiz als Handelsdrehscheibe zu profilieren. Während Russland in Genf seine Erdöl-Schachfiguren aufstellt, setzen die Kohleförderer auf Zug mit seiner differenzierten Besteuerung für ausländische Unternehmen (bis 2020) und seinen Finanzintermediären, die eine erleichterte Domizilierung in einer Kanzlei anbieten. In der Branche wird lieber auf die Ruhe des Ortes und die «Tradition der Stabilität und Rechtsstaatlichkeit des Landes» hingewiesen.

Resultat: In der Schweiz gibt es mindestens 25 Kohleunternehmen in russischem Besitz (die Hälfte in Zug, 5 in Genf), darunter 18 reine Händler, die für den Absatz der 212 Millionen Tonnen Jahresexporte nach Europa und auf die asiatischen Märkte zuständig sind. Aufgrund der Undurchsichtigkeit des Sektors gibt es keine Quelle, die systematisch dokumentiert, wie viele Ladungen russischer Kohle an Schweizer Händler weiterverkauft werden.

### GLÜCK AUF, SCHWEIZER BANKEN!

Während die Schweiz durch ihre Umwelt- und Energieministerin Simonetta Sommaruga am 15. November 2021 an der UN-Klimakonferenz COP26 die Torpedierung des Kohleausstiegs durch China und Indien anprangerte, arbeitete die Schweiz weiter daran, die grössten Umweltverschmutzer der Welt auf seinen Boden zu locken. Auf der Zuger Seite betont man, dass man russischen Unternehmen nie «gezielt» schöne Augen machen wollte, verweist aber auf die kantonale Konkurrenz: «Im Gegensatz zu anderen Standortmarketing-Organisationen hatten wir nie eine eigene oder gar physische Aktivität in Russland», so der Leiter des lokalen Wirtschaftsdepartements.

Bei diesem Täuschungsmanöver mischen auch Schweizer Banken ordentlich mit.

Wir haben die Finanzströme der multinationalen Kohlekonzerne seit dem Inkrafttreten des Pariser Klimaabkommens im Jahr 2016 nachverfolgt. Die in der Schweiz ansässigen Kohleproduzenten haben laut Daten des niederländischen Rechercheunternehmens Profundo fast 2,7 Milliarden US-Dollar bei zehn Schweizer Bankinstituten aufgenommen.

Sibanthracite und SUEK gehören zu den kapitalintensivsten Bergbauunternehmen in Zug: Die beiden liegen auf den Plätzen 3 und 4 (hinter Trafigura und Glencore), mit Krediten von 224 Millionen bzw. 145 Millionen US-Dollar, die Credit Suisse zwischen 2017 und 2019 gewährt hat. Trotz ihrer Verpflichtung, nur Unternehmen mit einer Strategie für den Kohleausstieg zu unterstützen, ist die zweitgrösste Bank der Schweiz mit fast 1,4 Milliarden US-Dollar, die sie zwischen 2016 und 2021 zugestanden hat, auch der grösste Geldgeber der Branche und steht nach unseren Daten weltweit an zehnter Stelle. Die Medien-



Schaufelradbagger in der offenen Kohlemine Nazarovsky von Suek in Russland.

© SUEK

abteilung von Credit Suisse erklärte, sie könne sich «aus rechtlichen Gründen» nicht zu potenziellen Kunden äussern, und verwies auf ihren Nachhaltigkeitsbericht über ihre Strategie zur Desinvestition im Bereich Kohle. Diese sieht vor, dass bis 2025 keine Kredite mehr an Unternehmen vergeben werden, die mehr als 15 % ihrer Einnahmen aus dem Abbau von Kohle oder der Stromerzeugung aus Kohle erzielen, «es sei denn, sie unterstützen die Energiewende». Dieser Satz wird bis 2030 auf 5 % gesenkt.

Im Zeitalter des Anthropozäns – des geologischen Zeitalters, ab dem der Mensch in der Lage ist, sein Ökosystem signifikant und langfristig zu verändern – war Kohle noch nie so globalisiert, finanzialisiert und in eine internationale Wertschöpfungskette eingebunden, in der die Schweiz eine führende Rolle spielt. Ein Blick auf die «indirekten» CO<sub>2</sub>-Emissionen bestätigt dies. Berücksichtigt man nur die übertragene Produktion der russischen Kohleförderer in Höhe von 226,2 Millionen Tonnen, so dürften die Schweizer Emissionen um rund 407 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr steigen. Das entspricht der Umweltverschmutzung von 88,5 Millionen Privatautos, dem Vierzehnfachen des Schweizer Fahrzeugbestands.

Und es könnte noch schlimmer werden. Die Schwierigkeiten auf dem Gasmarkt (für den Kohle der

direkteste Ersatz zur Stromerzeugung ist) und der kontinuierliche Anstieg der Preise für schwarze Diamanten dürften zweifellos das Interesse für Kohle fördern. Für Alex Thackrah vom Londoner Preisinformationsdienst Argus Media ist es undenkbar, die Energiewende mit der Einführung wirksamer Sanktionen gegen russische fossile Brennstoffe zu verbinden und gleichzeitig die Energiesicherheit zu gewährleisten: «Es ist möglich, die russischen Kohlemengen zu ersetzen, aber es wird ziemlich kompliziert, wenn gleichzeitig das Gas abgestellt wird.»

Seit dem Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar dieses Jahres haben russische Unternehmen der Europäischen Union laut dem finnischen Forschungszentrum Crea etwa 3 Milliarden Euro für ihre Kohle in Rechnung gestellt. Ein Teil dieser Summe machte in Zug halt. Der Kanton beruft sich jedoch auf fehlende Statistiken und will nicht über den steuerlichen Ertrag von Putins schwarzen Diamanten berichten. ■



Online finden Sie im Anhang zur Story acht Porträts von Kohleunternehmen mit Sitz in der Schweiz:  
[publiceye.ch/kohle](https://publiceye.ch/kohle)



# Public Eye unterstützen über Ihr Leben hinaus

Der 13. September ist jeweils der Internationale Tag des Testaments. Wir nehmen dies zum Anlass, um zu informieren, wie Sie Public Eye mit Ihrem Nachlass auch über Ihr Leben hinaus unterstützen können.

**CHANTAL SIERRO**

Der Internationale Tag des Testaments wurde 2011 ins Leben gerufen, um Menschen auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen, in ihrem letzten Willen gemeinnützige Organisationen zu berücksichtigen. Soll das eigene Erbe neben der Unterstützung von Familienangehörigen etwas Gutes bewirken, braucht es ein Testament. Damit sorgen Sie für klare Verhältnisse und beugen Missverständnissen oder gar Erbstreitigkeiten vor. Haben Sie kein Testament verfasst, tritt die sogenannte gesetzliche Erbfolge ein. Viele wissen das nicht. In der Schweiz haben nur 30% der Bevölkerung über 45 Jahre ein Testament verfasst; die meisten schieben das möglichst lange hinaus oder verzichten gar ganz darauf.

In keinem Land der Welt werden pro Kopf der Bevölkerung so grosse Summen vererbt wie in der Schweiz: Es sind rund 95 Milliarden Franken pro Jahr – eine unvorstellbar hohe Summe. Doch nur 3 Promille dieses Betrags landen bei gemeinnützigen Organisationen.

Bei Public Eye sind Legate und Erbschaften ein wichtiger Bestandteil der Einnahmen – wenn auch bei Weitem nicht so bedeutend wie die Spenden und Mitgliederbeiträge. Legate und Erbschaften machen 2 bis 5% unserer Einnahmen aus, in absoluten Ausnahmefahren waren es auch schon 20%. Über unsere Finanzierung informieren wir transparent in unserem Jahresbericht.

Wenn Sie das Magazin von Public Eye lesen, gehen wir davon aus, dass auch Sie sich eine solidarische Schweiz wünschen. Eine Schweiz, deren Unternehmen die Menschenrechte weltweit einhalten. Denn dafür engagiert sich Public Eye Tag für Tag. Mit mutigen Recherchen, scharfen Analysen und starken Kampagnen setzen wir uns gemeinsam mit unseren 28 000 Mitgliedern für eine Schweiz ein, die weltweit verantwortungsvoll handelt.

Mit einem Testament können Sie dafür sorgen, dass Ihre und unsere Werte weiterleben. Jeder Nachlass – ob gross oder klein – hilft Public Eye, sich unabhängig von wirtschaftlichen Interessen für eine gerechte und solidarische Welt zu engagieren. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns!

## Neues Erbrecht

Am 1. Januar 2023 wird die Erbrechtsrevision in Kraft treten. Das aktuelle Erbrecht wurde 1912 eingeführt. Damit es unserem Zeitgeist entspricht und auch die vielfältigen Familiensituationen berücksichtigt, die heute gelebt werden, waren grössere Anpassungen nötig. Unter anderem wurden die gesetzlichen Pflichtteile revidiert, damit die frei verfügbare Quote grösser ist (siehe Seite 41). Somit können Erblasserinnen und Erblasser freier über ihren Nachlass verfügen – sofern sie ein Testament erstellen.

Testamente, die vor der Revision geschrieben wurden, sind grundsätzlich rechtsgültig. Bezüglich der Berechnung der Pflichtteile nach altem oder neuem Recht könnten jedoch Auslegungsfragen aufkommen. Deshalb lohnt es sich, bestehende Testamente zu überprüfen und wenn nötig anzupassen.

Mit einem Legat oder einer Erbeinsetzung ermöglichen Sie uns, zusätzliche Projekte zu realisieren. Sie können grundsätzlich testamentarisch auch bestimmen, wofür Ihr Nachlass verwendet werden soll. Bei der Festlegung einer konkreten Zweckbestimmung bitten wir Sie jedoch, Folgendes zu berücksichtigen: Naturgemäss ist der Zeitpunkt des Geldflusses ebenso wenig voraussehbar wie es gesichert ist, dass im Laufe der nächsten 30 Jahre ein spezifisches Projekt noch existiert. Deshalb empfehlen wir, eine testamentarische Formulierung zu wählen, die es uns ermöglicht, Ihren Nachlass dort zu verwenden, wo er gerade am dringendsten

benötigt wird – für den Fall, dass ein bestimmtes von Ihnen bevorzugtes Projekt nicht mehr existiert.

Als gemeinnützige Organisation bezahlt Public Eye keine Erbschaftssteuern. Deshalb können wir Ihre Nachlassspende in vollem Umfang für unsere Arbeit zur Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.

Bei komplexen Vermögens- oder Familiensituationen empfehlen wir Ihnen, sich von einer Fachperson beraten zu lassen. Dr. iur. Daniel Trachsel, unser Vertrauensanwalt (siehe Interview auf Seite 40), bietet Menschen, die Public Eye in ihrem Testament begünstigen möchten, eine kostenlose erste Beratung an.

Sie haben auch die Möglichkeit, direkt von unserem Vertrauensanwalt zu hören:

- 3. November 2022, 15.00 bis 18.15 Uhr: Infoveranstaltung in den Büros von Public Eye an der Dienerstrasse 12 (Innenhof) in Zürich
- 3. November 2022, 19.30 bis 20.45 Uhr, Webinar

Weitere Informationen sowie die Anmeldung zur Veranstaltung oder zum Webinar finden Sie auf [publiceye.ch/testament](http://publiceye.ch/testament). Oder kontaktieren Sie Chantal Sierro (siehe Seite 41 unten). ■

## Ermöglichen Sie aussergewöhnliche Projekte!

Wer Public Eye in seinem Erbe berücksichtigt, macht aufwendigere Projekte möglich, die aus dem ordentlichen Budget nicht finanziert werden können. Wie zwei Beispiele zeigen, sind diese oft sehr erfolgreich.

### DIRTY DIESEL

Drei Jahre hatte Public Eye zu einem Geschäftsmodell recherchiert, von dem damals kaum jemand wusste: Schweizer Rohstoffhandelsfirmen fluteten afrikanische Länder mit giftigen Treibstoffen, die bei uns niemals verkauft werden dürften. Sie nutzten die schwachen Standards in afrikanischen Ländern aus, indem sie extra für diese Märkte dreckigen Diesel und giftiges Benzin produzierten. Die gesundheitlichen Folgen für die lokale Bevölkerung ignorierten sie.

2016 zeichneten eine Spezialnummer des Magazins und ein Report den Skandal um «Dirty Diesel» nach, führten an die Tatorte und zeigten die Hintergründe der exklusiven Recherche von Public Eye auf. Die Enthüllungen hatten ein weltweites Medienecho und lösten in Afrika eine Welle der Empörung aus.

2021, weniger als fünf Jahre nach Veröffentlichung des Reports «Dirty Diesel» durch Public Eye, war das Geschäftsmodell der Schweizer Rohstoffhändler mit den extrem schwefelreichen Treibstoffen in Westafrika Geschichte. Am 1. Januar 2021 war ein neuer verbindlicher Standard für importierte Treibstoffe in Kraft getreten, den die Umwelt- und Erdölminister der westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas im Februar 2020 beschlossen hatten. Bis zu 175 Millionen Menschen konnten aufatmen.

Die hartnäckige Recherche, die zu diesem Erfolg führte, wurde unter anderem durch eine befristete Stelle ermöglicht, die aus einem Nachlass finanziert wurde.

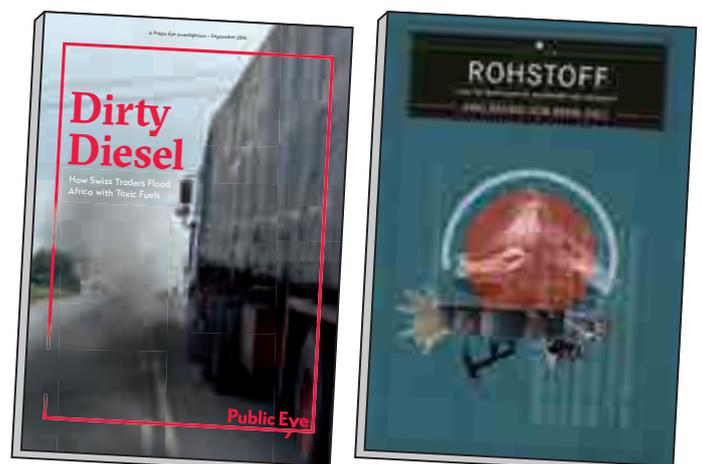
### ROHSTOFFBUCH

2012 gelang es Public Eye, damals noch die Erklärung von Bern, mit dem Buch «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» ein Thema auf die wirtschaftspolitische Bühne zu hieven, das in der Schweiz allzu lange ein

Schattendasein fristete: der Rohstoffhandel und die gewaltige Rolle, die Unternehmen in unserem Land darin spielen – was sich gerade im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine wieder mal exemplarisch zeigt.

Mit dem brisanten Buch wurden erstmals das boomende Rohstoffbusiness und die globale Bedeutung der Rohstoffdrehzscheibe Schweiz beleuchtet. Wir berichteten über die Hintergründe und Opfer, erklärten die Funktionsweise des Rohstoffhandels und die Konflikte in den Herkunftsländern, zeigten Alternativen und stellten Forderungen.

Die exklusive Recherche eines wirtschaftspolitischen Schlüsselthemas hatte national und international ein grosses Echo. Möglich war sie nur dank einer grosszügigen Zuwendung aus einem Nachlass. ■



## «Letztwillige Verfügungen werden jetzt noch wichtiger»

Dr. iur. Daniel Trachsel ist Vertrauensanwalt von Public Eye für erbrechtliche Fragen. Der Fachanwalt erklärt, weshalb das Testament mit dem neuen Erbrecht an Bedeutung gewinnt.

INTERVIEW: CHANTAL SIERRO



### Der 13. September ist der internationale Tag des Testaments. Finden Sie diesen Tag sinnvoll?

Es ist wichtig, dass an die Möglichkeit erinnert wird, autonom über den Tod hinweg über sein Vermögen zu verfügen – gerade weil in der Schweiz davon viel zu wenige zukünftige Erblasser\*innen Gebrauch machen. Das neue Erbrecht, das am 1. Januar 2023 in Kraft tritt, vergrössert den Gestaltungsspielraum erheblich. Damit werden letztwillige Verfügungen jetzt noch wichtiger.

### Soll, wer bereits ein Testament gemacht hat, dieses mit Blick auf das neue Erbrecht überprüfen?

Die Praxis kennt den Grundsatz der «rollenden Nachfolgeplanung». Er bedeutet, dass alle fünf Jahre überprüft werden sollte, ob bestehende Testamente oder Erbverträge noch den aktuellen familiären, finanziellen und rechtlichen Gegebenheiten entsprechen. In der Tat gibt die Reduktion der Pflichtteile (siehe Seite 41) Anlass, bestehende Testamente zu überprüfen. Hat beispielsweise jemand seine Kinder auf den Pflichtteil gesetzt und die frei verfügbare Quote der Ehefrau zugewendet, so erhalten die Kinder bei einem Todesfall, der bis Ende Dezember 2022 eintritt, 37,5%; danach nur noch 25%. Ist eine so starke Bevorzugung des Ehegatten wirklich gewollt? Ein anderes Beispiel: «Ich setze meine Tochter auf den Pflichtteil von 3/8; die freie Quote von 5/8 erhält mein Ehemann.» Bei dieser Formulierung ist unklar, ob das neue oder das alte Erbrecht gelten soll, womit sich schwierige Auslegungsfragen ergeben können. Hier ist eine Überarbeitung angezeigt.

### Wann ist eine Beratung angezeigt?

Es gibt eine Reihe von Konstellationen, bei denen eine kompetente juristische Beratung sinnvoll ist, um spätere Schwierigkeiten bei der Erbteilung zu vermeiden. Ehegatten oder Lebenspartner, die Nachkommen aus unterschiedlichen Beziehungen haben, oder Personen, die substanzielle Vermögenswerte (zum Beispiel ein Ferienhaus) im Ausland besitzen, sollten sich unbedingt beraten lassen. Auch bei einer komplexen güterrechtlichen Auseinandersetzung, die ja regelmässig einer Erbteilung

vorausgeht, ist guter Rat oftmals teuer. Bereits mit einer Erstkonsultation, die bei Public Eye unentgeltlich erhältlich ist, kann ein Problembewusstsein geweckt werden, und das ist der erste Schritt zu einer angemessenen Nachfolgeplanung. Nicht zu vergessen sind schliesslich die Steuern: Zwar kann ich jetzt wegen des tieferen Pflichtteils meiner Kinder meine Lebenspartnerin stärker begünstigen, aber je nach Kanton löst dies erhebliche Erbschaftssteuern aus.

### Was empfehlen Sie Menschen, die sich schwertun, die Planung des Nachlasses anzugehen?

Diese Scheu ist verbreitet und bis zu einem gewissen Grad verständlich – wer setzt sich schon gerne mit seinem eigenen Tod auseinander? Aber: Wer eigenverantwortlich handelt, dem ist wichtig, mit klaren Anordnungen zu vermeiden, dass sich die Erben in die Haare geraten. Ein Gespräch mit einer Fachperson kann in der Regel gangbare und wenig komplexe Wege aufzeigen. Und anschliessend hat man das befreiende Gefühl, eine wichtige Pendenz erledigt zu haben ...

### Wann erbt der Staat und was macht er mit dem Erbe?

Stirbt jemand ohne (bis zum grosselterlichen Stamm) Verwandte zu hinterlassen, dann geht der Nachlass an den Kanton, in dem die verstorbene Person ihren letzten Wohnsitz hatte. Das Gemeinwesen ist grundsätzlich frei, wie es diese Mittel verwendet. Da ist es sinnvoller, mit einem Testament sicherzustellen, dass das eigene Vermögen entsprechend den eigenen Wertvorstellungen verwendet wird.

### Was ist zu beachten, wenn ich eine gemeinnützige Institution begünstigen will?

Solche Begünstigungen geschehen in der Regel in der Form eines Vermächtnisses (seltener mittels einer Erbsetzung). Vermacht wird ein bestimmter Geldbetrag und dies idealerweise, ohne dass damit eine detaillierte Zweckbindung verbunden ist. Die Zweckbestimmung der gemeinnützigen Institution, die man ausgewählt hat, gewährleistet ja bereits, dass die Mittel dementsprechend eingesetzt werden. ■

## Das neue Erbrecht bringt mehr Freiheit

Am 1. Januar 2023 tritt das neue Erbrecht in Kraft. Es senkt die Pflichtteile, die dafür sorgen, dass die gesetzlichen Erben je nach Verwandtschaftsgrad einen Mindestanteil an der Erbschaft erhalten. Das erhöht die Freiheit beim Verfassen eines Testaments.

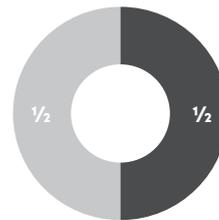
Das geltende Erbrecht ist vor über hundert Jahren in Kraft getreten. Es gilt als nicht mehr zeitgemäss, da es den zahlreichen gesellschaftlichen Veränderungen nicht gerecht wird: Heiraten ist nicht mehr die Norm, Scheidungen sind keine Ausnahme mehr und moderne Formen des Zusammenlebens sind weit verbreitet.

Die wichtigste Änderung dieser Revision ist die Senkung der Pflichtteile. Im neuen Erbrecht beträgt der Pflichtteil anstatt drei Viertel des gesetzlichen Erbanspruchs nur noch die Hälfte. Erblasser\*innen mit Kindern können somit über die Hälfte des Vermögens frei verfügen und so gewisse natürliche Personen wie Lebenspartner\*innen oder juristische Personen wie Public Eye oder andere Vereine und Stiftungen begünstigen (siehe Grafik). Der Pflichtanteil für die Eltern, der heute die Hälfte der Hinterlassenschaft beträgt, fällt sogar ganz weg. Für überlebende Ehepartner sowie eingetragene Partner wird der Pflichtteil im Gesetzesentwurf dagegen beim Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses belassen.

### Worauf ist zu achten?

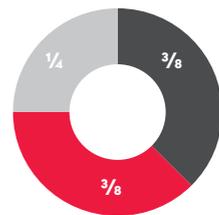
Vor dem 1. Januar 2023 verfasste Testamente und Erbverträge bleiben unter dem neuen Gesetz gültig. Die Teilung des Nachlasses der verstorbenen Person folgt den zum Zeitpunkt der Erstellung festgelegten Bedingungen. Wer die Möglichkeiten des neuen Erbrechts nutzen will, muss also selbst aktiv werden. ■

### Gesetzliche Erbteile (ohne Testament/Erbvertrag)

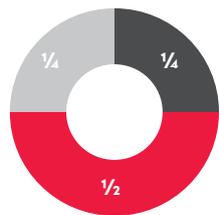


### Pflichtteil und frei verfügbare Quote

bisher



neu



Ehefrau/-mann  
 Kinder  
 Frei verfügbare Quote

Beispiel: Die verstorbene Person hinterlässt Ehefrau/-mann und Kinder.

## Ihr Kontakt bei Public Eye

Bei Fragen zu Ihrer Nachlassplanung und zu den Möglichkeiten, wie Sie Public Eye begünstigen können, bin ich gerne für Sie da. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

### Chantal Sierro

Legate & Erbschaften  
T +41 44 277 79 18  
chantal.sierro@publiceye.ch



Anmeldeformular für Infotreffen und Webinar sowie weitere Infos:  
[publiceye.ch/testament](https://publiceye.ch/testament)



## Wie Studierende für Public Eye werben würden

«Eindrücklich und mobilisierend» soll die Mission von Public Eye dargestellt werden – dies war der Auftrag an die Studierenden des Studiengangs «Visuelle Kommunikation» der Hochschule der Künste Bern diesen Frühling. Die entstandenen Plakate wurden von den Studierenden, den Dozenten Andreas Netthoewel und Christoph Stähli sowie von Mitarbeitenden von Public Eye bewertet. Wir freuen uns, Ihnen hier die vier Siegersujets präsentieren zu können.



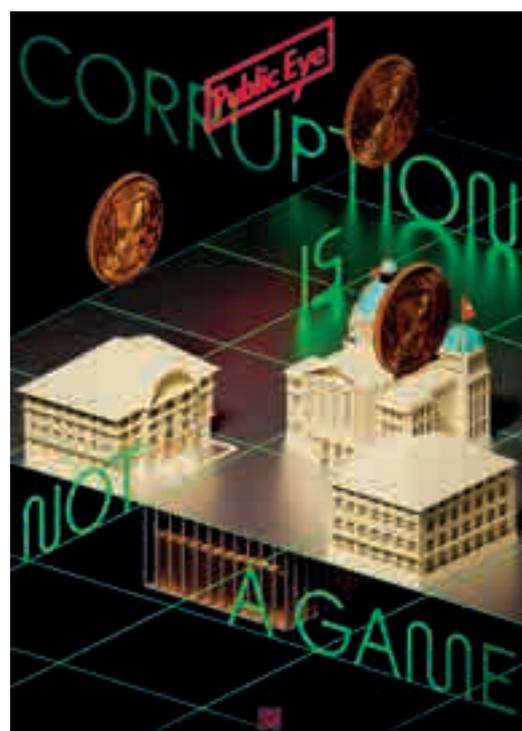
Rang 1: Love Liebmann / Siri Johansson



Rang 2: Hannah Willmott / Manon Babey



Rang 3: Tobias Senn / Lenny Stump



Rang 3: Daria Ryapolova / Miro Jakob



© Sachindra Perera



© Vanessa Gyga



© Christie Miedema/CCC

## Renommierter Preis für unsere Recherche «Paraquat Papers»

Warum fordert Paraquat, eines der ältesten und giftigsten Pestizide der Welt, immer noch Opfer? Diese Frage wurde in den «Paraquat Papers» beantwortet, die im März 2021 von Public Eye und Uearthed (Greenpeace Grossbritannien) veröffentlicht wurden. Laurent Gaberell und Crispin Dowler haben Hunderte von internen Dokumenten von Syngenta durchforstet, um die Strategie des Basler Giganten aufzudecken, um sein Herbizid auf dem Markt zu halten. Im Juli wurde ihre Arbeit mit dem Steve-Connor-Preis für investigativen Wissenschaftsjournalismus ausgezeichnet. «Eine aussergewöhnliche Geschichte mit einer Erzählweise, die den Leser in Atem hält», lobte die Jury.

Diese Auszeichnung ist auch die eines Wissenschaftlers, Jon Heylings, der über 20 Jahre lang für Syngenta und ihre Vorgängerunternehmen gearbeitet hat. Sein Zeugnis ist erschütternd: Syngenta weiss seit Jahrzehnten, dass das Paraquat-Produkten zugesetzte Brechmittel tödliche Vergiftungen nicht verhindert. Doch seine Vorgesetzten hatten sich stets geweigert, etwas zu unternehmen, hauptsächlich aus Kostengründen. Deshalb prangerte Heylings die Tatsachen an: «Ich will nur, dass das nächste Kind, das versehentlich einen Schluck Paraquat schluckt, eine Chance hat, zu überleben.»



Lesen Sie die Recherche zu den «Paraquat Papers» online: [publiceye.ch/paraquatpapers](https://publiceye.ch/paraquatpapers)

## Regru Basel feierte 50 Jahre Aktivismus und Engagement

Am 17. Juni 1972, vier Jahre nach dem Manifest der «Erklärung von Bern für solidarische Entwicklung», schlossen sich in Basel über 50 Aktivist\*innen formal als eigenständige Sektion zusammen. Seither bringt die Regionalgruppe Basel die Themen, die von Public Eye aufgegriffen und recherchiert werden, auf die Strasse. An einem Fest zum 50. Geburtstag sassen am Grossbasler Rhein Gründungsmitglieder, ehemalige und aktive Mitglieder zusammen, schauten sich alte Dokumente an und sprachen über die anfänglichen Aktivitäten. Die Antipartheidbewegung, der Boykott gegen Südafrika und das Engagement der Schweizer Banken bewegten die Regru damals sehr. Sie erarbeitete sich vertiefte Kenntnisse der Zusammenhänge und engagierte sich auf verschiedenen Ebenen in der Solidaritätsarbeit und Bewusstseinsbildung, um die Verantwortung der Schweiz für die Unterdrückung in Südafrika aufzuzeigen und Veränderungen zu bewirken. In den 50 Jahren hat sich die Regru in immer neuer Zusammensetzung und in unterschiedlichen Konstellationen zusammen mit anderen Solidaritäts-, Friedens- und Umweltgruppen in Basel bewegt. Heute fokussiert sich die Regru auf die Themen Saatgut und Fair Fashion und ist regelmässig an Kleidertauschbörsen oder am Pflanzentausch anzutreffen.



Hier finden Sie Infos zur Regru Basel online: [publiceye.ch/basel](https://publiceye.ch/basel)

## Historischer Erfolg für Kampagne #PayYourWorkers

Nach monatelangen Protesten der Arbeiter\*innen und internationalen Kampagnen von Aktivist\*innen der Koalition #PayYourWorkers, die durch die Clean Clothes Campaign initiiert wurde, hat das bekannte Modeunternehmen Victoria's Secret diesen Sommer eingelenkt: Die US-Modemarke stellt endlich die Mittel zur Verfügung, um den Textilarbeiter\*innen von Brilliant Alliance Thai Global die umgerechnet 8,3 Millionen Dollar zu bezahlen, die ihnen als Abfindung zustehen. Dies ist die grösste Summe, die als Abfindung für Lohndiebstahl in einer Bekleidungsfabrik je bezahlt wurde.

In der thailändischen Fabrik hatten mehr als 1250 Beschäftigte für das US-Unternehmen Unterwäsche hergestellt. 2021 hatten die Eigentümer aus Hongkong die Fabrik ohne Vorankündigung und ohne Zahlung der gesetzlich vorgeschriebenen Abfindung geschlossen. Der Aufforderung der Regierung, die Abfindung zu bezahlen, kamen sie nicht nach.

Die Zahlung der Abfindung ist ein historischer Erfolg für die internationale Kampagne #PayYourWorkers sowie die Organisationen Solidarity Center und Worker Rights Consortium (WRC), die zu den Arbeitsbedingungen in Fabriken weltweit recherchieren. Das WRC habe Hunderte von Fällen von Lohndiebstahl in der Textilindustrie dokumentiert, doch um so viel Geld sei es noch nie gegangen, sagte Scott Nova, der Direktor der Organisation.



## Wir müssen reden – der neue Podcast von Public Eye

Ausbeutung in der Textilindustrie, Korruption im Rohstoffsektor, Verkauf von hochgiftigen Pestiziden: Unser neuer Podcast «Wir müssen reden» spricht Klartext. Und er schaut dort genau hin, wo Schweizer Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt.

«Wir müssen reden. Public Eye spricht Klartext.» Unter dieser Marke wurden nun schon mehrere Episoden des Podcasts gedreht – alle moderiert von Podcast-Spezialist Nico Meier. Damit wollen wir unseren Mitgliedern, aber auch denjenigen, die Public Eye noch nicht kennen, die Möglichkeit geben, mehr über unsere Recherchen und Kampagnen zu erfahren und die Gesichter hinter unserer Organisation zu entdecken. In der neuesten Episode befassen wir uns mit dem Einfluss, den Nestlé hinter den Kulissen auf die Schweizer Behörden ausübte, um sich den Bemühungen zur Bekämpfung der Fettleibigkeit in Mexiko und anderen Ländern zu widersetzen.

**Abonnieren Sie unseren Podcast, teilen Sie ihn und kommentieren Sie ihn!**

Hier finden Sie den Podcast:  
[publiceye.ch/podcast](https://publiceye.ch/podcast)



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Diererstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich  
Tel. +41 (0)44 2 777 999, [kontakt@publiceye.ch](mailto:kontakt@publiceye.ch)  
Spendenkonto: IBAN CH69 0900 0000 8000 8885 4

[publiceye.ch](https://publiceye.ch)

[@publiceye\\_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye\\_ch](https://instagram.com/publiceye_ch)



Globale  
Gerechtigkeit  
beginnt bei uns  
**Public Eye**